

Gewerkschaft

Organ des Gesamt-Verbandes der Arbeitnehmer der öffentlichen Betriebe und des Personen- und Warenverkehrs

Hauptschriftleitung: E. Dittmer
 Berlin SO 36, Schlesische Str. 42
 Fernsprecher: Amt F 8 Oberbaum 9491

Berlin, den 4. April 1931

Erscheint wöchentlich am Sonnabend
 Bezugspreis:
 Monatlich durch die Post 50 Reichspfennig

Ostergedanken

Wir stehen im Zeichen des nahenden Osterfestes. Zuvor aber ist der schwarze Karfreitag da, an dem man des Menschen Sohn gekreuzigt und begraben hat. Die Pharisäer und Zöllner von einst glaubten, daß nun Ruhe einkehren müsse, weil der Heizer und Revolutionär, der den Gedanken der Menschenverbrüderung klar und unzweideutig ausgesprochen, verschieden sei. Aber damals wie heute ist dieser Gedanke nicht tot. Er ist zu neuem Leben aufgestanden. Und wie in der Natur jetzt alles Scheintote sich regt, wieder sprießt und erwacht aus festem Winterschlaf, so auch in der Menschen Seele der revolutionäre Gedanke — und er ist in der heutigen Zeit stärker denn je —, der revolutionäre Gedanke der Menschenverbrüderung, des Sozialismus! Gewiß, heute herrscht bei uns noch der schwarze Karfreitag. Millionen Menschen feiern nicht das Osterfest, weil sie voller Sorge um die nötigsten Dinge des Lebens sind. Mehr denn zwanzig Millionen Menschen sind seit Monaten, zum Teil seit Jahren, arbeitslos. Sie sind mit Recht verbittert und erblicken in dieser kapitalistischen Welt wahrlich kein Bild der Vollkommenheit oder der menschlichen Gemeinsamkeit. Andere Hunderttausende müssen in diesen Tagen und Wochen erleben, daß von ihrem an sich schon bescheidenen Einkommen noch Gehalts- und Lohnkürzungen gemacht werden, weil entweder den Unternehmern die Profitrate noch nicht hoch genug ist, oder, weil man dort, wo genügend Einkommen und Vermögen ist, die Mittel nicht hergeben will. Die schwarzen Mächte sind heute noch stärker und wir stehen in der Abwehr mit unseren Organisationen. Aber es kommt auch wieder einmal die österliche Auferstehung. So stehen wir mitten im Kampf. Dieser Kampf ist dadurch besonders schwer, weil innerhalb der notleidenden Menschheit uns keine Messias-Idee einheitlich beseelt, wie einstmal die Urchristengemeinde. Es gibt heute viel falsche Propheten, ob sie nun ihr Heil im dritten Reich erblicken oder durch die unmittelbare Gewaltanwendung sofortige Hilfe erhoffen. Diese Wunder werden nicht geschehen, sondern die Leiden der arbeitenden Massen würden noch größer werden auf diesen Wegen.

Wir Gewerkschaften liegen gegenwärtig im ärgsten Ringen mit dem Kapital. Um die Erhaltung der kleinsten Positionen müssen wir schwer kämpfen und die Gerechtigkeit unserer Forderungen wird weder von den wirtschaftlichen, noch den politischen Machthabern unserer Zeit anerkannt. Aber es mehrten sich die Stimmen in allen Lagern, denen die Unvernünftigkeit des heutigen Wirtschaftssystems zum Bewußtsein kommt. Selbst den robusten Leuten der heutigen Mammonswirtschaft ist nicht mehr ganz wohl; denn sie ahnen, daß der gekreuzigte Gedanke der Gleichberechtigung aller Menschen nicht tot ist, sondern Auferstehung feiern wird trotz alledem. Hart und brutal ist das Charakteristische des jetzigen Wirtschaftssystems. Aber es ist nicht für die Ewigkeit da. Der Gedanke der reinen Menschlichkeit mag im heutigen Kapitalismus gekreuzigt und erschlagen sein. Deswegen wird die Menschheit dennoch wieder auferstehen. Es wird in einer sozialen Gesellschaft allen Menschen ein Dasein ermöglicht, das die Not und Bitternis unserer Zeit nicht mehr kennt.

Ostern ist das Fest der Hoffnung und des Werdens der Natur und Menschenwelt. Noch wehen kalte Winterwinde.

Aber schon dringt die Sonne durch mit ihren Strahlen und alle Nebel schwinden. So muß jeder einzelne von uns die Zeiten verstehen: nicht als einen Dauerzustand, sondern als etwas, das wir ganz bestimmt überwinden werden. Kampfanzeige auf der ganzen Linie. Kampfbereitschaft jedes einzelnen! Niemand darf in dieser schweren Zeit aus unserer Abwehrfront flüchten.

Ostern mag uns den rechten Kampfsmut geben, damit wir eines Tages alle kapitalistischen Wesen und Krämer aus dem Tempel der Menschheit jagen, damit wir in Gemeinsamkeit auf dieser Erde leben können. Die ganze Erde muß wieder allen Menschen gehören, dazu alle Güter und Maschinen dieser Erde. Wir wollen und wir werden das Osterreich des Sozialismus, der Menschengemeinschaft aufrichten, trotz aller Mühen und Not unserer Tage. E. D.



Internationale Arbeitsorganisation und Völkerbund

Die Internationale Arbeitsorganisation ist eine besondere völkerrechtliche Körperschaft mit eigener Satzung, eigenem Wirkungskreis und eigenen Aufgaben. Zwischen ihr und dem Völkerbund bestehen aber mancherlei organisatorische Zusammenhänge. Eine weitgehende Abhängigkeit der Arbeitsorganisation vom Völkerbund bedeutet vor allem die Vorschrift des Artikels 422 ihrer Satzung, daß Änderungen der Satzung der Arbeitsorganisation, welche die Konferenz der Mitgliedstaaten beschlossen hat, erst dann rechtswirksam werden, wenn sie von den Staaten, deren Vertreter den Rat des Völkerbundes bilden, und von drei Vierteln der Mitgliedstaaten ratifiziert worden sind.

Das Internationale Arbeitsamt ist nach Artikel 392 der Satzung ein Bestandteil der Völkerbundseinrichtungen. Die richtunggebende Aufsicht über das Amt wird von einem Verwaltungsrat ausgeübt, in dem die Regierungen sowie die Arbeitgeber und Arbeitnehmer vertreten sind. Von den 12 Regierungsvertretern im Rat werden 8 durch jene Mitgliedstaaten ernannt, denen wirtschaftlich die größte Bedeutung zukommt. Etwaige Streitigkeiten darüber, welche Staaten die wirtschaftlich bedeutendsten sind, werden durch den Rat des Völkerbundes entschieden.

Alle anderen Streitfragen sowie Schwierigkeiten in der Auslegung der Satzung der Arbeitsorganisation und der internationalen sozialpolitischen Uebereinkommen unterliegen der Entscheidung des Ständigen Internationalen Gerichtshofs, der ebenfalls eine Völkerbundseinrichtung ist.

In gewissen Fällen ist die Mitwirkung des Generalsekretärs des Völkerbundes an völkerrechtlichen Akten vorgesehen, die sich aus der Betätigung der Arbeitsorganisation ergeben.

Die Texte der von den Tagungen der Internationalen Arbeitskonferenz aufgestellten Entwürfe von Uebereinkommen und Empfehlungen für die Gesetzgebung der Staaten werden nicht vom Sekretariat der Konferenz oder vom Internationalen Arbeitsamt den Mitgliedstaaten zur satzungsmäßigen Behandlung übermittelt, sondern vom Generalsekretär des Völkerbundes. Hat ein Mitglied die förmliche Ratifikation eines Uebereinkommens beschlossen, so ist davon wieder dem Generalsekretär des Völkerbundes Mitteilung zu machen, der die Ratifikation einträgt. Im Falle von Empfehlungen für die Gesetzgebung (die nicht der förmlichen Ratifikation bedürfen) haben ebenfalls die Mitgliedstaaten der Arbeitsorganisation den Generalsekretär des Völkerbundes von den zu ihrer Durchführung getroffenen Maßnahmen in Kenntnis zu setzen. Diese Mitwirkung des Generalsekretärs des Völkerbundes an der Durchführung von Beschlüssen der Internationalen Arbeitskonferenz ergibt sich aus der Zuständigkeit des Völkerbundes zur Eintragung internationaler Uebereinkommen überhaupt. Die Selbständigkeit der Arbeitsorganisation wird dadurch in keiner Weise berührt.

Gleiches gilt von der Mitwirkung des Generalsekretärs des Völkerbundes, wenn Untersuchungsverfahren wegen nicht entsprechender Durchführung ratifizierter Uebereinkommen eingeleitet werden sollen — ein Fall, der bisher noch nicht vorgekommen ist. Der in der Satzung der Arbeitsorganisation vorgesehene Ausschuß zur Untersuchung von

Klagen wegen nicht entsprechender Durchführung von Uebereinkommen wird auf Antrag des Verwaltungsrats des Internationalen Arbeitsamts vom Generalsekretär des Völkerbundes ernannt, welcher später auch den Bericht des Ausschusses jeder am Streitfall beteiligten Regierung mitteilt und seine Veröffentlichung veranlaßt. Jede dieser Regierungen hat dem Generalsekretär des Völkerbundes binnen einem Monat mitzuteilen, ob sie die im Bericht des Ausschusses enthaltenen Vorschläge annimmt oder nicht, und, falls sie diese nicht annimmt, ob sie den Streitfall dem Ständigen Internationalen Gerichtshof des Völkerbundes zu unterbreiten wünscht. Die Entscheidung des Ständigen Gerichtshofs ist endgültig. Befolgt ein Mitglied innerhalb der vorgeschriebenen Frist die im Bericht des Untersuchungsausschusses oder in der Entscheidung des Ständigen Internationalen Gerichtshofs etwa enthaltenen Vorschläge nicht, so darf jedes andere Mitglied ihm gegenüber die wirtschaftlichen Maßregeln ergreifen, die der Bericht des Ausschusses oder die Entscheidung des Gerichtshofs in diesem Falle für zulässig erklärt hat.

Die Handlungen auf Grund des Beschwerdeverfahrens gegen Staaten greifen tief in außenpolitische Beziehungen ein. Sie sind der Internationalen Arbeitsorganisation bestimmungsgemäß fremd, welche sich daher zu ihrer Ausführung des in diesen Dingen zuständigen Generalsekretärs des Völkerbundes bedient.

Von großer Bedeutung ist die finanzielle Abhängigkeit der Arbeitsorganisation vom Völkerbund. Die Kosten der Internationalen Arbeitsorganisation werden dem Direktor des Internationalen Arbeitsamts durch den Generalsekretär des Völkerbundes zu Lasten des allgemeinen Haushalts des letzteren erstattet, aber der Direktor ist dem Generalsekretär des Völkerbundes für die Verwendung dieser Gelder verantwortlich.

Weitere organisatorische Verbindungen der beiden Einrichtungen bestehen darin, daß der Sitz des Völkerbundes gleichzeitig Sitz des Internationalen Arbeitsamts ist und daß die Tagungen der Konferenz in der Regel am Sitze des Völkerbundes stattfinden, obzwar es der Konferenz zusteht, sich einen anderen Tagungsort zu wählen.

Der Direktor des Internationalen Arbeitsamtes nimmt an den Sitzungen des Völkerbundes teil, in welchen die Internationale Arbeitsorganisation betreffende Fragen verhandelt werden. Ferner besteht eine Arbeitsgemeinschaft zwischen dem Völkerbundssekretariat und dem Internationalen Arbeitsamt in allen Fragen, in denen sich der Wirkungskreis beider Institutionen berührt. Der Ständige Internationale Gerichtshof des Völkerbundes ist die richterliche Körperschaft der Arbeitsorganisation.

Die organisatorischen Verknüpfungen zwischen Arbeitsorganisation und Völkerbund sind also recht mannigfacher Art. Aber Organschaft der Internationalen Arbeitsorganisation für den Völkerbund, die von manchen Autoren angenommen wurde, ist aus den Vorschriften der Satzungen beider Organisationen, die ihre wechselseitigen Beziehungen betreffen, nicht abzulesen. Die Internationale Arbeitsorganisation ist nicht Organ des Völkerbundes, sondern vielmehr selbständiges Subjekt der Völkerrechtsordnung. Sie steht mit dem Völkerbund in Zweckgemeinschaft. H. Fehlinger.

Hamburg hat ein Arbeitsmuseum

Seit ungefähr zwei Jahren hat die hamburgische Arbeitsbehörde an der Errichtung eines Arbeitsmuseums gearbeitet, das jetzt dank der tatkräftigen Unterstützung zahlreicher Hamburger Wirtschaftskreise eröffnet worden ist. Die Idee eines solchen Museums ist in Hamburg schon seit vielen Jahren erörtert worden und die organisierte Arbeiterschaft hat sich schon einmal ganz ernsthaft mit dem Gedanken beschäftigt, eine solche Stätte der Arbeit mit eigenen Mitteln zu schaffen. Leider war die Verwirklichung des Gedankens, infolge der mannigfachen wirtschaftlichen Hemmungen, die unsere Zeit fast allen kulturellen Bestrebungen entgegenstellt, nicht möglich, so daß es doppelt bedeutungsvoll erscheint, daß der Plan auf Initiative des hamburgischen Staates und unter großer Opferwilligkeit der beteiligten Kreise nun doch in so trefflicher Ausführung gelungen ist.

Allerdings steht das neue Museum erst am Anfang der Entwicklung zur großen Kulturstätte der Arbeit, da der Staat selbst, in dieser Zeit der wirtschaftlichen Bedrängnis, große Kosten für die Ausgestaltung des Werkes nicht auswerfen konnte. Immerhin — und das ist das Bedeutungsvolle an dem Werke — konnte es mit den bescheidensten Mitteln, die zur Verfügung waren, und durch die opfervolle Mitarbeit der organisierten Arbeiterschaft und der beteiligten Unternehmerkreise so ausgestaltet werden, daß es in sehr weitgehendem Ausmaße schon seine Bestimmung erfüllt: das Wesen der Arbeit zu fördern, dem Arbeiterschutz und der Unfallverhütung zu dienen. Gerade für Hamburg war die Errichtung einer Stätte des Arbeitswesens und Arbeitsschutzes von dringender Notwendigkeit, weil Hamburg in seiner Eigenart als größte deutsche Handelsmetropole

und als Hafenstadt sehr stark vom pulsierenden Leben der Arbeit erfüllt ist, und weil die Eigenart des Verkehrs und des Hafenbetriebs mit seinen besonderen Unfallgefahren für die Arbeiterschaft einer besonders großzügigen Organisation des Arbeiterschutzes bedarf.

Auf diese vielseitige Eigenart Hamburgs als Handels-, Hafen- und Verkehrsstadt ist nun auch der technische Aufbau und die praktische Anordnung der ausgestellten Gegenstände und Modelle eingestellt. So sehen wir z. B. das große Modell eines Lagerschuppens im Hafen, das die gewerkschaftlich organisierten Staatskaiarbeiter für das Museum gestiftet haben und das dem Besucher in besonders eindringlicher Weise den Riesenbetrieb des Güterumschlags im Hamburger Hafen vor Augen führt, von dessen Verlauf selbst viele Hamburger, die nicht gerade im Hafen beschäftigt sind, nur eine leise Ahnung haben. Wir sehen da Schiffsmodelle, Gerüste für Schiffsbauten und solche für große Hochbaubetriebe, zweckmäßige Betriebsanlagen und Anlagen von hygienischen Einrichtungen, Neuerungen auf dem Gebiete des Warenumschlages, der richtigen Warenlagerung und Stapelung, Einrichtungen für die Sicherheit des Verkehrswezens und Gegenstände des praktischen Arbeiterschutzes. Der Hauptzweck dieser vielseitigen Ausstellung ist aber vor allem damit ausgeprägt, daß der Sinn der ausgestellten Modelle und die Anordnung der Gegenstände so getroffen ist, daß die Erziehung des Arbeiters zum Selbstschutz vor Unfallgefahren und zur Verhütung von Unfällen ganz systematisch bewirkt wird. Die Modelle zeigen nicht allein das Wesen der Arbeit in ihrem großen Verlauf, sondern sie führen auch richtige und falsche Arbeitsmethoden, richtige und falsche Behandlung der Arbeitsmittel und Behelfe usw. vor Augen, die einerseits zur Ursache schwerer Unfälle und in anderer Hinsicht zur größtmöglichen Beseitigung der Unfallgefahren beitragen können. Es ist daher auch nicht veräußert worden, das Museum mit Modellen, bildlichen Darstellungen und Vergleichen über die Verhütung von Unfällen, über Ursachen und Auswirkung der wichtigsten Berufskrankheiten und vor allem über die wichtigsten Einrichtungen für die Hebung der Sicherheit des einzelnen und der Volksgesundheit auszustatten.

Mit allen diesen Einzelheiten, die speziell aufzuzählen viel zu weit führen würde, wird das neue Museum schon jetzt einen sehr

wertvollen Dienst des Arbeiterschutzes vollbringen. Allerdings die mehr auf den technischen Fortschritten beruhenden Aufgaben des Arbeiterschutzes kann es noch nicht erfüllen. Zum Teil liegt dies, wie schon erwähnt, an den unzulänglichen Mitteln, die dem Unternehmen zur Verfügung stehen, so daß schon jetzt die verfügbaren Räume zu klein sind und viele Ausstellungsgegenstände noch nicht aufgestellt werden konnten. Es wird also für den weiteren Ausbau des Museums die erste Notwendigkeit sein, dafür größere und zweckmäßigere Räume zu schaffen, als sie die Arbeitsbehörde in der Friedrich-Ebert-Straße bieten kann. Zum anderen Teil hat es aber auch für den Anfang an der Initiative und an der Anteilnahme weiter Unternehmerkreise gefehlt. Gewiß muß anerkannt werden, daß sich einige Wirtschaftskreise und Privatfirmen sehr hervorragend an dem Zustandekommen des Werkes verdient gemacht haben, aber die größten Opfer hat die organisierte Arbeiterschaft gebracht, die keine Mittel und keine Mühen gescheut hat, durch die Zusammentragung der wertvollen Modelle dem Werke die schönen Anfänge zu sichern. Von den übrigen Wirtschaftskreisen waren es bisher der Baugewerbeverband und die Bauberufsgenossenschaft, ferner die Reedereien der Hamburg-Südamerikanischen Dampfschiffahrtsgesellschaft und einige leistungsfähige private Unternehmungen, bei denen das Museum tatkräftige Unterstützung fand. Dagegen haben die Werften ausdrücklich eine Beteiligung am Arbeitsmuseum abgelehnt, ebenso ein Teil der führenden Vertreter im Arbeitgeberverband. Es wäre also dringend zu wünschen, daß an dem weiteren Ausbau des Museums alle Wirtschaftskreise Hamburgs mitwirken möchten, damit diese Kulturstätte der Arbeit so entwickelt werden kann, daß sie für die allgemeine Volksbildung und für die Heranbildung unserer Jugend zu berufstüchtigen Kräften, für die Volksgesundheit, für die Sicherheit des einzelnen in Beruf und Verkehr und für alle im Dienste der Arbeit tätigen Kreise die allergrößte Bedeutung erlangt. Wir haben zwar bis jetzt in ganz Deutschland nur zwei Einrichtungen ähnlicher Art in München und in Berlin, so daß es für Hamburg ein Ansporn sein muß, entsprechend der Eigenart seiner wirtschaftlichen Verhältnisse, ein gleiches Werk mit der wärmsten Anteilnahme und Unterstützung auszubauen.

Karl Dopf.

Die Konsumgenossenschaftliche Wirtschaftsfrent wird stärker

Dies ist das Ergebnis der Feststellungen des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine E. D. in Hamburg über den Mitgliederzuwachs im Kalenderjahr 1930 in den Konsumgenossenschaften, die schon über 400 Mitglieder zählen: 3 050 000 Mitgliederfamilien gegen 2 859 516 am Ende des Jahres 1929 demonstrieren die wirtschaftliche Bedeutung der Konsumgenossenschaftlichen Selbsthilfe. Zählt man die dem Zentralverband nicht angeschlossenen Konsumgenossenschaften mit rund 800 000 Mitgliederfamilien hinzu, so ergibt sich, daß die gesamtdeutsche Konsumgenossenschaftliche Bewegung auf die vierte Million Mitgliederfamilien mit kräftigen Schritten losmarschiert. So erfreulich aber nun die Tatsache an sich ist, so zeigt sie doch auch, was noch zu tun ist, um die englische Bewegung mit ihren 6,2 Millionen Mitgliederfamilien bei einer um nahezu 20 Millionen geringeren Bevölkerungszahl einzuholen. Die Ursache dieser gewiß unerfreulichen Erscheinung, die beispielsweise auf dem gewerkschaftlichen Gebiet der beiden Länder nicht zu beobachten ist, dürfte darin zu suchen sein, daß die wirtschaftliche Anziehungskraft der deutschen Bewegung durch die ungeheuerliche Steuerbelastung gegenüber der Vorkriegszeit schwer Not gelitten hat. Denn vor dem Krieg betrug die durchschnittliche Rückvergütung an die Mitglieder aus dem Warenumsatz 9 bis 10 Proz., heute nur noch 4 bis 5 Proz.; während der Wirtschaftsruhen der englischen Konsumgenossenschaften immer noch 9 bis 10 Proz. ausweist. Es zeigt sich eben doch, daß die „Siegerländer“, wenn auch mit verhältnismäßig ebenso starker Arbeitslosigkeit belastet, weit weniger an Steuern zu tragen haben als die Bewohner der armen deutschen Republik, die das fürchterliche Erbe eines bankrotten Systems mit wirtschaftlicher Zerrüttung und Kriegslasten hat antreten müssen. Wozu dann noch die Zerstörung der Währung durch eine kurzfristige Politik deutscher republikanischer Staatsmänner kam. Diese Belastungen wurden für die Konsumgenossenschaften noch weiter gesteigert durch Ausnahmesteuern, die man vor allem der Wirtschaftspartei des Mittelstandes und der sogenannten Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei zu verdanken hat. Und schließlich läuft es noch auf den reinen Existenzkampf der Konsumgenossenschaftlichen Bewegung hinaus, wenn diese Parteien von

neuem den Anlauf nehmen, mit einer bis zu 4 Proz. gesteigerten Sonderumsatzsteuer, die den Privathandel nicht trifft, dem aufgestellten Ziel der Ausrottung der Konsumgenossenschaften näherzukommen. Man wird rechtzeitig und umfassender und eindringlicher als je den etwa 10 Millionen Wählern und Wählerinnen, die die Konsumgenossenschaftliche Bewegung enthält, die drohenden Gefahren demonstrieren müssen, um sie zur erfolgreichen Abwehr gegen eine solch brutal ungerechte Steuerhürkerlei zu mobilisieren.

Der Warenumsatz der Konsumgenossenschaften des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine im Jahre 1930 ist mit 1212 Millionen Mark um 30 Millionen Mark niedriger als im Jahre zuvor. Dazu kommen noch schätzungsweise 200 Millionen Mark Warenumsatz der übrigen Konsumgenossenschaften, so daß mit 1412 Millionen Mark die 1½ Milliarden Mark umfassende Konsumgenossenschaftliche Güterversorgung, der man im Jahre 1929 näherstand, geldwertmäßig nicht erreicht wurde. Bringt man jedoch den Preisabbau in Anschlag, so dürften die 1½ Milliarden Mark Umsatz sogar überschritten sein. Auf alle Fälle sind noch starke Reserven für die Steigerung der Warenumsätze vorhanden, denn ein Durchschnittsumsatz von 397 Mk. je Mitglied im Jahre 1930 (1929: 415 Mk.) läßt sich trotz Arbeitslosigkeit noch erhöhen, da fast alle verfügbaren Mittel doch für des Tages „Notdurft“ bestimmt sind.

Die Spareinlagen betragen 406,4 Millionen Mark (1929: 374 Millionen Mark), die Geschäftsanteile der Mitglieder als eigenes Betriebskapital 67,3 Millionen Mark (1929: 61,1 Millionen Mark), die Reserven 64,8 Millionen Mark (1929: 61,5 Millionen Mark).

Die finanzielle Fundierung der deutschen Konsumgenossenschaften und ihre wirtschaftliche Tätigkeit sind erfreulicherweise seit dem Jahre 1924 wieder so stark geworden, daß sie auch der stärksten Wirtschaftskrise gewachsen sind. Und Wirtschaftsverbrecher sind jene, die auch nur den Versuch machen, diese wirtschaftliche Selbsthilfe der Verbraucher zu hemmen oder gar „auszurotten“.

Die Lehrlinge im Handwerk

Der deutsche Handwerks- und Gewerbe-Kammertag veranstaltete am 31. Dezember 1929 eine statistische Erhebung über den Bestand der Handwerkslehrlinge. Berichtet haben von den 67 Kammern 66. Ermittelt wurden rund 740 000 Lehrlinge. Darin ist einbegriffen die für die eine nichtberichtende Kammer auf Grund der Erhebung von 1926 angenommene Zahl von 11 471. Außerdem wurden in Danzig gezählt 1791 Lehrlinge.

In dem Bericht werden die ermittelten Zahlen ausgewertet nach ihrer räumlichen Verteilung, der fachlichen Gliederung, nach dem Ergebnis der Prüfungen, der Zahl der weiblichen Lehrlinge und bezüglich der Entwicklung der Lehrlingshaltung in den letzten Jahren. In der räumlichen Gliederung werden die fünf größten Bundesstaaten besonders behandelt und für diese auch die Zahl in den größeren Städten angegeben. Dann sind die drei Hansestädte getrennt aufgeführt, während alle übrigen Länder zusammengefaßt sind. Die Gesamtzahl der Handwerkslehrlinge nach dieser Verteilung ist folgende:

Land	Zahl der Lehrlinge insgesamt	Prozent
Preußen	488 311	61,6
Bayern	81 238	11,2
Sachsen	56 864	7,8
Württemberg	34 096	4,7
Baden	31 105	4,2
Hansestädte	20 349	2,8
Uebrigte Länder	55 722	7,7
Deutsches Reich	727 685	100

Die fachliche Gliederung ist nach folgenden Handwerksgruppen erfolgt:

Handwerksgruppe	Zahl der Lehrlinge insgesamt	Prozent
Bau	184 314	25,3
Metall	177 169	24,3
Holz	82 744	11,4
Nahrungsmittel	104 685	14,4
Bekleidung/Reinigung	155 559	21,4
Papier/Druckvervielfältigung	21 331	2,9
Sonstige Zweige	1 883	0,3
Handwerkswirtschaft	727 685	100

Die höchsten Lehrlingsziffern weisen folgende zwölf Berufszweige auf:

Berufszweige	Lehrlinge
Schneider und Schneiderinnen	79 204
Maurer	71 371
Tischler	67 506
Schlosser	60 981
Bäcker	55 084
Maler, Lackierer	50 279
Friseure, Friseurinnen	41 759
Fleischer	37 892
Schmiede	26 571
Elektro-Installation	26 319
Klempner	26 043
Klimmerer	23 062

Die weiblichen Handwerkslehrlinge sind fachlich wie folgt gegliedert:

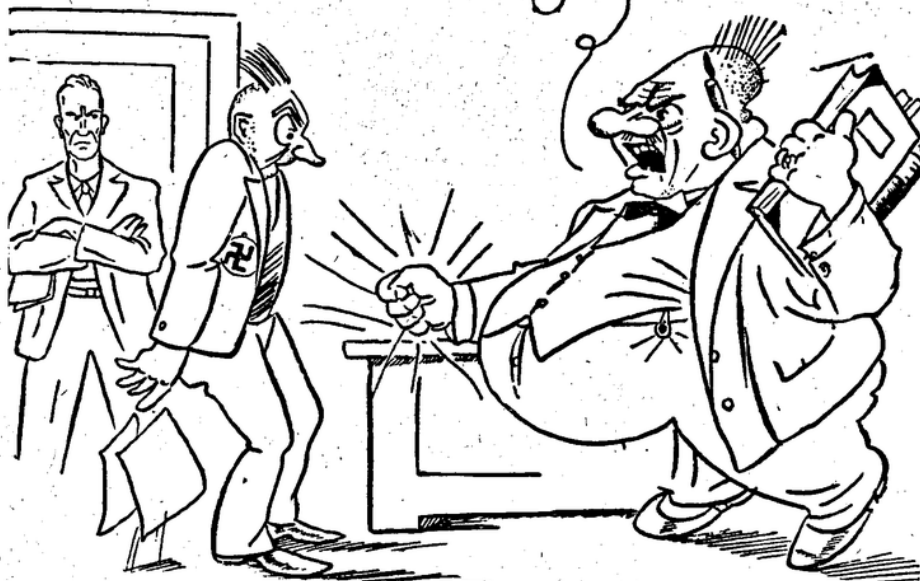
Berufszweige	Anzahl der Lehrlinge	Prozent
Schneiderinnen	47 553	70,3
Dümmacherinnen	9 822	14,5
Friseurinnen	6 945	10,3
Weißnäherinnen, Stickerinnen	2 467	3,6
Sonstige	852	1,3
Insgesamt	67 639	100

Während in den übrigen Berufszweigen die Zahl der weiblichen Lehrlinge einwandfrei ermittelt sein dürfte, ist die der Friseurinnen nicht überall getrennt von den männlichen Lehrlingen angegeben worden; sie dürfte um schätzungsweise die Hälfte zu niedrig eingestellt sein.

Die bloßen Lehrlingszahlen lassen im übrigen kein klares Bild über Umfang und Bedeutung des Lehrlingswesens im Rahmen des gesamten Handwerks erkennen; ein solches ergäbe sich erst, wenn auch die Zahlen der im Handwerk beschäftigten Gesellen ermittelt werden würden. Dann erst wäre eine Beurteilung möglich, ob die Beschäftigung von Lehrlingen im rechten Verhältnis erfolgt, ob der Nachwuchs als ein gesunder bezeichnet werden kann. Daß die Ermittlungen nicht auch auf die Zahl der Gesellen erstreckt worden sind, wird als ein recht bedauerlicher Mangel empfunden.

Aus Gegenüberstellungen mit statistischen Ergebnissen aus den Jahren 1926 bis 1928 läßt sich errechnen, daß die Zahl der Handwerkslehrlinge seit 1926 einen Rückgang um 3,7 Proz. erfahren hat, der zurückgeführt wird auf die wirtschaftliche Lage und auf Bestimmungen der Handwerkskammern über die Einschränkung der Lehrlingshaltung. — Die Erhebungen erstrecken sich auch auf das Prüfungswesen. Es sind festgestellt die Zahlen der geprüften Lehrlinge und deren Verhältnis zu den vorhandenen Lehrlingen überhaupt sowie die Zahlen derjenigen, die Prüfungen nicht bestanden haben. Da nicht gesagt wird oder sonst geschlossen werden kann, daß etwa eine Anzahl Lehrlinge sich keiner Prüfung unterzogen hat, so stellt wohl die Zahl der geprüften gleichzeitig auch die Zahl Lehrlinge dar, die im Jahre 1929 ihre Lehrzeit beendeten. Deren durchschnittliches Verhältnis zu der Gesamtzahl aller Lehrlinge ist 31,4 Proz., beträgt also nur ein knappes Drittel. Hieraus läßt sich der Schluß ziehen, daß eine keineswegs unbedeutende Schicht der Lehrlinge eine längere als dreijährige Lehrzeit hat; denn besonders bei den weiblichen Lehrlingen dürften auch kürzere Lehrzeiten noch Geltung haben. Nach der Dauer der Lehrzeit wurde zwar auch in der Erhebung gefragt, doch erfolgte die Auswertung der diesbezüglichen Feststellungen bisher noch nicht. L.

Nazis als Betriebsrat!



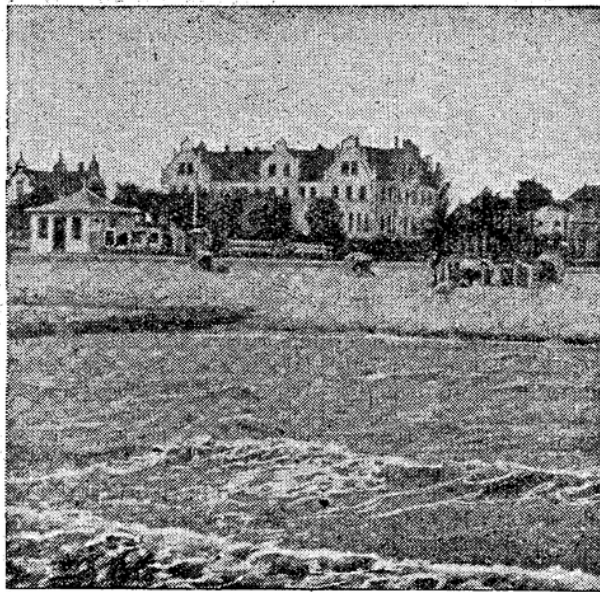
„Sie sind mit in den Betriebsrat gewählt. Zuerst verlange ich eine unbedingte Herabsetzung der Urlaubszeit.“
 Nazi: „Jawohl, wie der Herr Direktor befehlen.“

Soziale Kinderfürsorge

Kinderfürsorge

Daß ihr dem Kind das Leben gebt, wird nicht zum Ruhm euch gezählt, wenn ihr es nicht an Leib und Seele auch für den Kampf des Lebens stählt.

Diese Mahnung von O. Sutermeister zeigt uns die ganze Schwere der Verantwortung, die wir Erwachsenen den Kindern gegenüber haben vom Tage der Geburt an. Gewiß, jede Mutter, jeder Vater will das Beste, das Liebste seinen Kindern geben. Aber versagen sie nicht oft in der Unkenntnis dessen, was den Kindern frommt, findet ihr Helfen und Geben nicht oft an den wirtschaftlichen Verhältnissen eine Grenze. Gerade das letztere ist in unseren Tagen der Massenarbeitslosigkeit in ausgedehntem Maße der Fall. Sorgen und Not der Eltern verfehlen ihren Eindruck auf die Kinder nicht. Kann man es der Großstadtjugend, die in dumpfen Höfen, licht- und sonnenlos, aufwächst, verargen, wenn sie dem Leben verbittert gegenübersteht und jeden, der anders und besser aussieht als sie, haßt. So kommt der Altmeister Zille zu einem seiner „Mülljöh-Bilder“, in dem ein dickes, frisch und munter aus der Ferienkolonie kommendes Kind von seinen Spielgefährten nicht mehr anerkannt wird. — Damit sind wir eigentlich schon bei der Kinderfürsorge. Gewiß wird sie auch heute noch von den verschiedensten Gesichtspunkten aus betrieben; daß sie aber notwendig ist, darüber besteht kein Zweifel. Der Staat hat einst durch gesetzliche Bestimmungen die Kinderarbeit beschränkt zu einer Zeit, als die Dienstauglichkeit der Rekruten infolge der frühen Erwerbstätigkeit der Kinder immer mehr schwand. — Damals war die Kinderfürsorge Mittel zum Zweck. Wenn wir heute den Gesundheitszustand der Kinder heben wollen, dann geht es uns um den künftigen Staatsbürger, um den Menschen, der an Leib und Seele gesund, mithelfen soll den Wunsch Babels an den Berliner Kinderfreund, Hermann Abraham, in die Tat umzusetzen: „Glücklich die Jugend, für die Wohltätigkeit aufhört, eine Notwendigkeit zu sein.“



Blick auf das Hermann-Johanna-Heim in Kellenhusen vom Meere aus

Vorkünftig sind wir aber leider noch gerade in der Kinderfürsorge in großem Umfange auf die Wohltätigkeiten angewiesen. Gewiß, Reich und Staat besonders aber die Gemeinden, haben mancherlei Einrichtungen getroffen, die Jugend körperlich und damit auch seelisch vorwärts zu bringen, und in diesem Bestreben werden sie tatkräftig durch die Krankenkassen und sonstigen öffentlichen Einrichtungen unterstützt. Trotzdem bleibt der privaten Wohltätigkeit noch viel zu tun übrig.

Die Arbeiterwohlfahrt hat durch ihre verschiedenen Heime die Möglichkeit geschaffen, die Kinder aus ihrer alten Umgebung abzulösen. Das geschieht auch durch die Unterbringung in den Tages- und Waldheimen außerhalb der Großstädte. Durchschlagenden Erfolg kann man sich allerdings von dieser Art der Erholung nicht versprechen, da die Kinder abends wieder in ihre alte Umgebung zurückkehren.

Zu dieser Kinderfürsorge von Reich, Staat und Gemeinden, den sozialen Körperschaften und der Arbeiterwohlfahrt kommen noch die da und dort unterhaltenen Kinderheime der Konsumgenossenschaften und zuletzt diejenigen, die ganz privater Initiative entspringen. Unter den Einrichtungen dieser Art, die zum Teil vorwiegend konfessionellen Charakter haben, heben wir besonders hervor den Berliner Verein für Kindererholungsheime, dessen Vorläufer der im Jahre 1892 gegründete Verein für Kinder- und Volksskinderhort war.

Schon die Gründung dieses Vereins ist kennzeichnend. Am einem Novembertag des Jahres 1892 traf Hermann Abraham am Eingang der von ihm begründeten Volksskühle für Erwachsene in der Klosterstraße zwei weinende Schulkinder, die um Essen bat, da sie seit Tagen nichts Warmes genossen hatten. Aus den

angestellten Ermittlungen ergab sich, daß Tausende von Kindern ohne warmes Mittagessen die Schule besuchten, weil die Eltern zu arm und oft beide außerhäuslich beschäftigt waren. Die Notwendigkeit der Schulkinderpeisung trat damit deutlich hervor, unterstützt durch die Feststellungen der Lehrer, daß täglich annähernd 15 000 Kinder ein Mittagessen entbehrten. Von den rund 4500 Kindern, die bis zu Anfang des Krieges durch den Verein täglich gespeist wurden, schnellte die Zahl während der Kriegszeit auf 34 000 empor, die durch 40 Kindervolkssküchen versorgt wurden. Im Oktober 1916 übernahm dann die Stadt Berlin die freie Mittagspeisung der bedürftigen Gemeindeschulkinder. Dadurch bekam der Verein freie Hand, Mittelstands- und Beamtenküchen einzurichten, die Mittagsmahlzeiten zum Preise von 20 Pf. und Abendmahlzeiten zum Preise von 10 Pf. abgaben. Während der Kriegszeit unterhielt der Verein 176 Wohlfahrtsstellen mit

2600 Angestellten, in seinen Küchen konnten täglich bis 150 000 Personen gespeist werden. — Als man in der Nachkriegszeit wieder zu normalen Verhältnissen kam, ging der Verein zur Gründung von Kindererholungsheimen über, die sich heute in Oberschreiberhau im Riesengebirge, Oehrenfeld im Harz, Brunshaupten-Arendsee an der Ostsee, auf der Insel Rügen und in Kellenhusen in der Lübecker Bucht befinden. Jährlich gehen Tausende von Kindern durch diese Hermann-Johanna-Heime, die in vielen Fällen auch von Jugend-, Wohlfahrts- und Fürsorgeämtern überwiesen werden. Die Preise für die Unterbringung der Kinder sind niedrig gehalten, und wenn es notwendig ist, wird auch die soziale Lage der Eltern berücksichtigt. Das geht schon daraus hervor, daß nach dem Waldenburger Bergwerkunglück im Sommer 1930 der Verein in seinen Heimen 100 Kinder der betroffenen Familien un-

entgeltlich unterbrachte. Ein Teil der Heime kann auch den Winter über betrieben werden. Das ist besonders in Kellenhusen an der Ostsee möglich, da dort Gelegenheit geboten ist, in einer muster-gültigen Badeanstalt auch warme Seebäder zu verabfolgen. Die Kinder unserer Mitglieder haben Gelegenheit, zu einem um 10 Proz. ermäßigten Preis in diesen Heimen unterzukommen. Anfragen sind unter Angabe der Mitgliedsnummer zu richten an den „Verein für Kindererholungsheime“, Berlin W 50, Schaperstraße 9 und 34.

Trotz alles Helfenwollens, aller öffentlichen und privaten Einrichtungen gibt es in den Städten noch viele Kinder, auf die das Wort Rilkes angewendet werden kann: „Da wachsen Kinder auf an Fensterstufen, die immer in denselben Schatten sind und wissen nicht daß draußen Blumen rufen zu einem Tag voll Weite, Glück und Wind. Und müssen Kind sein und sind traurig Kind.“ Das Wort wird aber nur der in seiner ganzen Tiefe erfassen, der selbst in seinen Kinderjahren die Wohlthat eines mehrtägigen Aufenthaltes in einer „Ferienkolonie“ oder einem Kinderheime genossen hat und damit den Unterschied zwischen einem Leben voll Sorge und Not und dem Glückseligkeit in einem wirklichen Kinderland kennenlernte.

Eines Volkes größtes Besitztum sind seine Kinder. Die Leiden der Erwachsenen mögen oft bitter sein, die Not und das Leiden der Kinder sind aber für das menschliche Empfinden schon in Gedanken fast unerträglich. Daß dennoch so viel junges Leiden auch in Zeiten sozialer Fürsorge unvermeidlich war, ist eine Anklage gegen die mangelnde Voraussicht derer, die zur Lenkung der Volksgeschichte ausersehen, nicht immer berufen sind. Sorgen wir dafür, daß durch Ausbau öffentlicher und privater Einrichtungen zur Wohlfahrt und Fürsorge dieser Kinder Männer und Frauen heranwachsen, gesund an Leib und Seele, die mithelfen, die Welt in unserem Sinne umzugestalten. Dann wird die Kinderzeit eine glückliche Zeit sein.

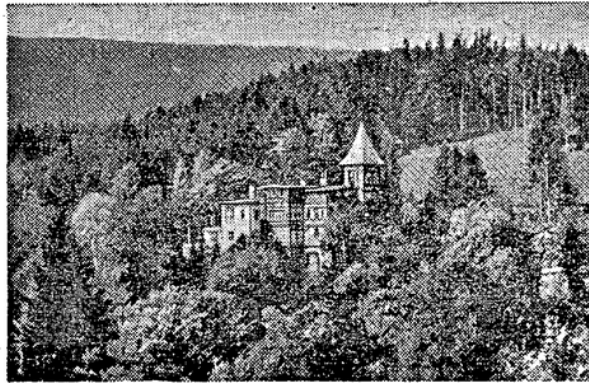
F r i e

Aufgaben und Notwendigkeit der Erholungsfürsorge

Am meisten geschädigt durch schlechte wirtschaftliche und soziale Verhältnisse sind die jeweils Schwächsten der Gesellschaft, „unser Kinder“. Es ist Pflicht, die vorhandenen Schäden an diesen Kindern auszumerzen oder solche in ihrem Entstehen zu verhindern. Diese Aufgabe kann nur gelöst werden, wenn eine umfassende und gut organisierte Erholungsfürsorge vorhanden ist.

In einer Zeit, in der die öffentlichen Körperschaften in großen finanziellen Schwierigkeiten sind, müssen die öffentlichen Mittel, die der Erholungsfürsorge zur Verfügung stehen, rationell aber doch zweckentsprechend verwendet werden. Vor allem die wirklich Bedürftigen müssen ausgedacht werden. Diese Aufgabe liegt den Schülern ob. Sie suchen die durch Mitleid, Krankheit oder krankhafte Anlage geschädigten Kinder heraus und bestimmen, welcher Form der Erholungsfürsorge die Kinder zugeführt werden sollen. Nicht jedes Kind paßt in jedes Erholungsheim, sondern mannigfaltig sind die Unterschiede, die im Einzelfall beachtet werden müssen. Kinder, die infolge Tuberkulose ein Heilverfahren notwendig haben, werden zur Erholung in eine Heilstätte geschickt. Auch die Dauer des Heilverfahrens oder der Erholung muß im Einzelfall bemessen werden. Für die Herzkranken und die ausgesprochen Nervösen muß ebenfalls mit besonderer Sorgfalt der geeignete Erholungsaufenthalt ausgewählt werden. Der Schularzt hat auch zu entscheiden, welche Kinder nur einen Aufenthalt in den Einrichtungen der örtlichen Erholungsfürsorge notwendig haben.

Damit wären die beiden grundverschiedenen Einrichtungen der Erholungsfürsorge berührt, einmal die geschlossene Kindererholungsfürsorge in den Heimen und dann die örtliche Erholungsfürsorge. Beide Einrichtungen sind notwendig, denn nicht jedes Kind weist einen solchen Grad von Erholungsbedürftigkeit auf, daß es unbedingt in ein Heim verschickt werden muß. Mit einem Aufwand verhältnismäßig geringer Mittel wird manches Kind in der örtlichen Erholungsfürsorge ebenso gekräftigt wie zu einem späteren Zeitpunkt bei einem sehr kostspieligen Aufenthalt in einem Heim, wenn die körperliche Schädigung größer geworden ist. — Die Kinder, die wir oft aus sehr elenden Verhältnissen herausnehmen, müssen wir möglichst in solche Einrichtungen der Erholungsfürsorge bringen, die wirklich allen Anforderungen an gesundheitlichem und pädagogischem Gebiet entsprechen. Ein Erholungsheim muß in einer schönen Umgebung liegen, reine frische Luft, Möglichkeit des Badens, Wanderns und Bergsteigens müssen vorhanden sein. Das Heim selbst muß hell, freundlich und geräumig sein. Geeignete Badeeinrichtungen, einwandfreie sanitäre Anlagen, Turn- und Liegehallen sind geradezu selbstverständliche Anforderungen. Bedeutungsvoll ist die Tatsache, in wessen Hände die Kinder während ihres Heimaufenthalts gegeben sind. Der Gesundheitszustand der Kinder muß ärztlich überwacht werden, und auch die übrigen Menschen, die die Kinder zu betreuen haben, müssen über einiges Wissen auf diesem Gebiet verfügen. Die wichtigste ist meiner Ansicht nach die pädagogische Befähigung der Erzieher und Erzieherinnen. Nur der pädagogische Takt macht es den Menschen möglich, sich ganz auf das Kind in seiner Eigenart einzustellen, ihm Freude und innere Befreiung zu bringen. Die Kinder sind oft nur infolge seelischer Not in ihrer körperlichen Entwicklung behindert. Die Ursachen der seelischen Not, wie schlechte Beeinflussung, oft nicht einwandfreie



Hermann-Johanna-Heim, Mädchenhaus in Oerzschreiberbau (Riesengebirge)

Eltern, Wandern von Pflegestelle zu Pflegestelle bei unehelichen Kindern, häusliche Not, drückende Sorgen usw. dürften wohl allgemein bekannt sein. Nur Menschen mit frischem Wesen und wirkungsvoll strahlender Lebenskraft sind in der Lage, in den Schwachen und teilweise noch unentwickelten Geschöpfen Kraft anzulegen und zu entfalten.

Diese Menschen vertreten die Ansicht, daß es unzweckmäßig ist, die Kinder in eine in jeder Beziehung vorbildliche Umgebung zu bringen, um sie dann wieder in ihre schlechten Verhältnisse zurückzuwerfen, sie meinen alle Arbeit war unter solchen Umständen überflüssig. Selbstverständlich wird der Erholungserfolg bei der Rückkehr in die alte schlecht wirkende Umgebung wieder sehr stark beeinträchtigt, aber etwas muß doch bei jedem Kind in Wirklichkeit bleiben. Die kindliche Seele hat sich eine starke Resonanz, daß ein Teil der Schwingungen bestimmt erhalten bleibt. Abstrichbetone ist die psychologische Wirkung mehr als die körperliche, weil ich sie für wichtiger halte. Gelingt dem Erzieher das seelische Erfassen des Kindes, dann folgt alles, was zu der rein körperlichen Förderung notwendig ist, von selbst. — So intensiv wie in den Heimen kann die Einwirkung auf das Kind in der örtlichen Erholungsfürsorge nicht sein. Es handelt sich deshalb hier meist um Kinder, die nicht in sehr hohem Grad erholungsbedürftig sind, deshalb kann man die Unvollkommenheit der Einrichtung gelten lassen. Trotz der viel fächererfassung ist zu beobachten, daß Spielfreudigkeit und Lebenslust gesteigert wird, die Gesamtentwicklung des Kindes also auch auf diese Weise gut gefördert werden kann.

Die Kindererholungsfürsorge ist nur ein Teilgebiet der gesamten Fürsorge, und zwar ein Gebiet, das besonders dankbar und fruchtbringend ist, weil junges gefährdetes Leben gerettet, Quantität in Qualität umgewandelt wird. Chr. Körner.



Kleinkinder beim Turnen

Wie das Kind die soziale Umwelt sieht

Man hat zu Studienzwecken Kinder von Stadt und Land aufgefordert, an dem Leben um sie Kritik zu üben und möglichst zu begründen, warum ihnen dieses oder jenes nicht gefiel. Die Untersuchung sollte die Kritikfähigkeit des Kindes prüfen. Die Aufsätze wurden unvorbereitet von Kindern beiderlei Geschlechts und ohne Rücksicht auf die soziale Herkunft unter Aufsicht der Lehrer angefertigt. — Natürlich sieht das Kind das soziale Leben in seiner Art. „Es gefällt mir nicht, daß manche Leute so reich und manche ganz arm sind, weil doch auf der Welt jeder arbeiten

muß“, schreibt ein 14jähriger Knabe, und auch ein 12jähriges Mädchen, das ausdrücklich als begabt bezeichnet wird, übt daran Kritik, „daß es arme und reiche Leute gibt, weil die Armen fast gar nichts haben und die Reichen alles“. Von Sorgen und Hunger schreiben andere. Andere wieder klagen, daß sie immer Kartoffeln essen müssen oder daß Teuerung herrscht und anderes.

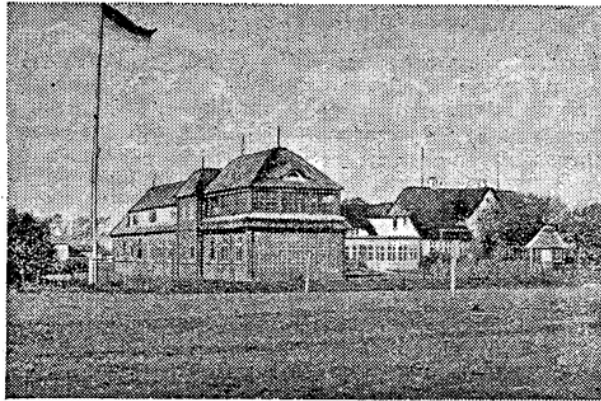
Aber auch besondere Erscheinungen des sozialen Lebens werden von den Kindern kritisiert. Sie schreiben da von der Wohnungsnot, von der Aussperrung von Arbeitern, von den Steuern, dem geringen Lohn und der Macht, die die Reichen haben.

Die Kinder gehen also mit offenen Augen durch die Welt, und selbst wenn sie die Not am eigenen Leibe spüren, ist es vor allem das Gerechtigkeitsgefühl, das sich in den Kindern beim Erkennen der sozialen Nöte regt. Die soziale Frage und ihre Lösung ist ihnen eine ethische Aufgabe.

Kinderland „Köhlbrand“

Manch einer, der in den warmen Sommertagen von fernem, fremden Ländern kommend auf mächtigem Ozeanriesen in Hamburg einfährt, hat sich sicher schon gewundert über das bunte Gewimmel am Rande eines Seitenkanals der Elbe, dem Köhlbrandkanal. Weil ich es so genau kenne dieses bunte Leben, will ich all den staunend Fragenden, die täglich vorbeifahren, erklären, was auf dieser schmalen Sandinsel in der Elbe alles vor sich geht.

Wo Kinder sind, da geht es immer frisch und fröhlich zu, und weil auf dem Köhlbrand ein richtiges Kinderland ist, darum ist dort ein lebhaftes, frohes und buntes Treiben. Während der ganzen Sommermonate ist Tausenden von Kindern Gelegenheit gegeben, sich in Sonne und frischer Luft an Sand und Wasser herumzutummeln. An vielen Sammelstellen in dem Häusermeer Hamburgs werden die Kinder gesammelt und fahren teils mit der Hochbahn, teils mit der Straßenbahn zu den Landungsbrücken, von wo sie von besonders dafür zur Verfügung gestellten Dampfern in flotter Fahrt zum Kinderland Köhlbrand gebracht werden. Das ganze Leben spielt sich da draußen im Freien ab, nur zu den Mahlzeiten nehmen große Hallen, in denen in langen Reihen Tische und Bänke nebeneinander stehen, die ganze Kinderschar auf. Und es wird tüchtig gefuttert, denn Baden, Turnen und Spiel haben den Appetit sehr angeregt. Besonders die Jungens verlangen immer noch einen „Schlag“, wie der Hamburger sagt. In der Küche, wo in fünf großen Kesseln das Essen für die vielen hungrigen Mäuler zubereitet wird, muß tüchtig gekocht und gerührt werden. Auf großen Wagen wird das Essen vom Wirtschaftsgebäude in die einzelnen Hallen gefahren. Das körperliche Wohl wird durch die gute Verpflegung gesichert, und für die Freudigkeit der Seele sorgt die Sonne, das Spiel im Gruppenverband, Theateraufführungen, Kapelltheater, Zirkusveranstaltungen, Gesang und Musik. Auch Feste, wie Fahnenweihe, Verfassungstag usw. werden nicht ungefeiert vorübergelassen. — Doch ganz hinten am Ende des beinahe 2 Kilometer langen Strandes ist noch etwas Besonderes. Da sind nämlich die Allerkleinsten, die 3- bis 6jährigen. Die Kleinsten haben ihr Reich für sich mit Planschbecken, Liegehalle und Liegestühlen. Sie haben eine ganz besondere Pflege und Betreuung notwendig und danken das ihren Tanten aber auch mit ganzer Liebe und Anhänglichkeit. All das Geschehen, was da mitten im Hafengebiet Hamburgs alles zu beobachten ist, ist ihnen noch eine eigenartig verzauberte Welt. Wie dröcklich doch z. B. ihre eigene Erklärung für die Strene der Dampfer ist. Sie sagen ganz einfach: „Der Dampfer schnupft die Nase aus.“ — Viel Freude wird da auf dem Köhlbrand in jedem Sommer in Tausende von Kinderseelen gefüt, viele zarte, kränkliche Kinderkörper recken sich hoch und erstarken in Sonne und frischer Luft. Ein wunderbares Beispiel der örtlichen Erholungsfürsorge ist auf dem Sandstreifen an der Elbe allmählich entstanden. Die Arbeiterwohlfahrt Hamburg hat das Verdienst, diesen Sommerbetrieb mit Hilfe der aufopfernden Arbeit vieler tüchtiger Helfer und Helferinnen in jedem Sommer zu organisieren zur Förderung bedürftiger Menschenkinder. Ch. K.



Dr. Roh-Kinderheim, Westerland (Sylt) der Arbeiterwohlfahrt Hamburg

Auf der Insel Sylt

Dor einigen Jahren besuchten eine Anzahl Redaktionskollegen der Gewerkschaftspresse die Insel Sylt und das Nordseebad Westerland. Der darauf in der Gewerkschaftspresse erschienene Bericht schilderte die Schönheiten Westerlands und erkannte an, daß ein Erholungsaufenthalt auf Sylt etwas Erstrebenswertes auch für den deutschen Kopf- und Handarbeiter sei. Es wurde weiter gesagt: „Gelingt es der Arbeiterbewegung, den Lebensstandard der breiten Massen höher zu heben, dann wird auch die Möglichkeit vorhanden sein, daß immer mehr Arbeiter, Angestellte und Beamte solche Erholungsstätten, wie die Insel Sylt besuchen können. — Unsere Freunde dortselbst werden ihrerseits alles tun, um auch bereits jetzt einen Besuch zu erträglichen Bedingungen zu ermöglichen.“ — Das letztere hat sich die Arbeiterwohlfahrt Hamburg, die der Auffassung ist, daß es ihre Aufgabe sei, auch in der Richtung der Ferienbestrebungen für Erwachsene etwas zu tun, zur Notiz genommen und auf Westerland einen „Gemeinnützigen Heimstättenbetrieb“ geschaffen. Von der Erkenntnis ausgehend, daß auch die minderbemittelten Kreise Erholung und Ausspannung von nervenzerrüttender Arbeit in der Großstadt am Meer bedürfen, und daß ein Aufenthalt an der See die besten gesundheitlichen Erfolge zeitigt, gründeten bereits in der Vorkriegszeit unsere belgischen Genossen in Ostende, dem internationalen Luzusbad, eine Heimstätte zur Erholung für die Arbeiterklasse.

In Deutschland war bisher der Besuch unserer Nordseebäder nur den besitzenden Klassen vorbehalten. Aber auch der Lohn- und Gehaltsempfänger soll teilhaben an den Schönheiten der eigenen Heimat, und zwar was wichtig ist, zu erschwinglichen Preisen. In Verbindung mit gleichgesinnten Freunden ist es gelungen, einen Gemeinnützigen Heimstättenbetrieb in Westerland zu errichten, der allen Wünschen gerecht wird. Der Aufenthalt bietet zu jeder Jahreszeit Gelegenheit zum Baden, Lagern und Wandern am Strand und in den Dünen halbtages- und Tagesausflüge auf der Insel Sylt geben angenehme Unterbrechung. Durch den Eisenbahndammbau ist Westerland von Hamburg in 4½ Stunden ohne Umsteigen zu erreichen. Die Fahrt durch das Wattenmeer bleibt eine unvergessliche Erinnerung. Es kann jedem Wunsche entsprochen werden. Unterkunft mit Frühstück, mit voller Pension und Teilpension (Selbstbeköstigung). Betten von 1,50 bis 3 Mk., Frühstück gut und reichlich 1,50 Mk.; ebenso volle Pension mit guter Verpflegung. Bei länger dauerndem Aufenthalt und für Familien sowie in der Vor- und Nachaison besondere Abmachungen. (Ermäßigungen bis zu 33% Proz. möglich). — Den Bemühungen unserer Freunde in Westerland, die in Verbindung mit der Arbeiterwohlfahrt in Hamburg, die neben dem Heimstättenbetrieb ein mit allen sanitären Einrichtungen versehenes Genesungsheim für Kinder, das Dr. Roh-Kinderheim in Westerland besitzt, einen „Gemeinnützigen Verkehrsverein“ geschaffen haben, ist es ferner gelungen, die Kurtaxe auch für minderbemittelte erschwinglich zu gestalten. Es sei besonders bemerkt, daß es sich nicht um einen sogenannten Anstalts- oder Heimbetrieb handelt. Ein jeder kann nach seinen eigenen Wünschen leben und sich seine Zeiteinteilung schaffen, frei von allen anstaltsmäßigen Bestimmungen. In diesem Jahre ist eine moderne Jugendherberge eröffnet worden, die wandernden Gruppen einen billigen und guten Aufenthalt bietet. Nähere Auskunft erteilt die Verwaltung, Genosse Andreas Nielsen, Westerland auf Sylt, Gemeinnütziger Heimstättenbetrieb, Kirchenweg 30, Telefon Nr. 270/108.



Die Kleinsten üben sich im Springen

Wenn der Staat es zuläßt, daß durch irgendwelche Vorgänge, sei es des Himmels, sei es des täglichen Lebens, Bürger in die Lage gebracht werden, verhungern zu müssen, so hört er rechtlich auf Staat zu sein, er legalisiert den Diebstahl (die Selbsthilfe) und beraubt sich jedes sittlichen Grundes, die Sicherheit der Personen oder des Eigentums zu wahren. Dasselbe ist der Fall, wenn er zuläßt, daß ein Bürger gezwungen wird, in einer Lage zu verharren, bei der seine Gesundheit nicht bestehen kann.

Rudolf Dirchow.

Todeskampf der Freiheit

VIII

So kam der Verrat des Parlaments zum Verrat der Monarchie. Schließlich gab es nur einen Besiegten: das Proletariat.

Am 31. Oktober folgte die Apotheose der Schwarzhemden, die nach Rom marschiert waren.

Um 2 Uhr nachmittags auf dem Platz des Quirinals. Der faschistische Zug defiliert vor dem königlichen Palais. Der König, die Königin, die Prinzen sind auf dem Balkon. An der Spitze des Zuges schreitet Mussolini. Gestern war er noch Aufständischer, heute ist er das Oberhaupt der Regierung.

„Es lebe der König!“

Dann kommen die „Quadriviri“ des Marsches auf Rom: Balbo, de Bono, Bianchi, de Deochi und die Generale der Armee, die ihren Eid gebrochen haben, Fara, Ceschini, Zamboni.

Jetzt die Legionen der römischen Schwarzhemden. Sie kommen frisch von der Plünderung der Oppositionsblätter und von der Menschenjagd in den Arbeitervierteln, wo sie drei Arbeiter erdolcht haben.

„Es lebe der König!“

Nun folgen die Legionen der Toscana. Von allen sind sie vielleicht die rohsten und blutdürstigsten. Sie hätten über Hunderte ermordeter Proletarier Rechenschaft zu geben. Alle Wasser der Erde würden nicht ausreichen, die Blutflecke auszuwaschen, die die Hände ihrer Führer besudeln...

„Es lebe der König!“

Weiter die Legionen Umbriens. Ein Priester marschiert an ihrer Spitze und mischt das Bild des Gekreuzigten unter die Abzeichen der Gewalt. Nur vorwärts, ihr Helden der kalt vorbereiteten Schlachtereien von Perugia und Terni! Ihr seid ja Sieger, und niemand wird euch heute fragen, durch welche Verbrechen ihr zum Sieg gelangt seid. Ein Tag wird kommen, an dem ihr Rechenschaft geben werdet. Aber heute:

„Es lebe der König!“

Die nachfolgenden Legionen sind die von Pavia. An ihrer Spitze schreitet eine Frau. Sie sind eine schöne Frau, Frau Gräfin, famosere Reiterin, das wissen wir alle! Wir wissen auch, daß Sie an der Spitze bewaffneter Banden die reichen Recker der Lomellina durchstreift haben, und daß aus Ihrer wohlgepflegten Hand mancher Landarbeiter den Tod empfangen hat. Und am Abend, nach solcher Tagesmühsal, schliefen Sie unter den Kameraden Ihrer Abenteuer und zahlten den Freuden der Sinne einen reichlichen Tribut. Schön sind Sie, Gräfin, und verstehen reizend der Königin zuzulächeln, sehr reizend. Und diesmal wird gerufen:

„Es lebe die Königin!“

Und weiter, immer weiter.

Jetzt kommen die Legionen von Bologna, jetzt die von Ferrara. Da haben wir alle Legionen der Poebene beisammen. Wie zahlreich sie sind!

Wenn aber — wie es in dem alten Liede heißt! — die Toten aus den Gräbern aufstehen könnten, so wäre die Schar derer, die unter den Händen dieser Legionen gefallen sind, viel zahlreicher als die eben zum römischen Gruß erhobenen Arme.

„Es lebe der König!“

„Es lebe der König!“

„Es lebe der König!“

Das dauert fünf Stunden. Es scheint gar nicht enden zu wollen. Das ist die Verherrlichung des Verbrechens, das ist die Apotheose des Verrats.

Flieger erscheinen über dem Zuge und mischen das Rattern ihrer Motore mit dem Gebrüll der Schwarzhemden.

Endlich ist der Zug zu Ende. Die Legionen ergießen sich über Rom, und es wird Nacht über der ewigen Stadt.

Jetzt wollen Grimm und Haß auf ihre Rechnung kommen:

Zum „Avanti!“

Zur Redaktion des „Mondo“!

Zur „Doce republicana“!

Und das Plündern fängt wieder an. Mitten auf den Straßen und Plätzen häuft man Scheiterhaufen aus den Oppositionsblättern. Aus den Lokalen des „Avanti“ kommt eine Bande heraus, die ein Bild von Marx und Lenin wegschleppt. Aus Möbelteilen und Zeitungen wird ein Scheiterhaufen gemacht, und während die Schwarzhemden um ihn herum einen höllischen Tanz aufführen, schleudert man die Bilder der Pioniere des Sozialismus in die Flammen.

„Tod den Marxisten!“

„Es lebe der Faschismus!“

Die ganze Stadt hallt wider von Fluchen und Gebrüll. Patrouillen von Karabinieren unter dem Kommando von Faschisten müssen die ganze Nacht hindurch die Stadt durchstreifen, um die Schwarzhemden auszuheben und an den Bahnhof zu eskortieren, wo man sie sofort zur Abreise nötigt.

Erst als die letzten Milizleute die Stadt verlassen haben, atmet die Bevölkerung auf. Die Politiker preisen Mussolinis Gatt, der es verstanden hat, die Stadt in achtundvierzig Stunden von dieser Besatzung zu befreien. Die Minister kehren die Rollen um und bilden sich ein, daß der Chef des Faschismus ihre Geißel sei.

Solange eine scheinbare Ordnung ihre Haltung zu rechtfertigen scheint, kümmert es sie gar nicht, was außerhalb Roms geschieht.

Aber in den Provinzen erfolgt die Besitzergreifung des Faschismus in noch viel brutaleren Formen. Da erscheint das neue Regime wie ein hundertköpfiger Drache. Denn jede Provinz, jedes Dorf hat seinen Mussolini, Gesetz und Autorität werden mit Füßen getreten. Jeder Faschist maßt sich an, Gesetze vorzuschreiben. Die Gewalttaten wenden sich nicht mehr ausschließlich gegen Sozialisten und Arbeiter. Man nimmt kommende Situationen vorweg und wendet sich in den Provinzen gegen jeden, der noch eine selbständige Meinung zu haben wagt. Noch hat der sogenannte Theoretiker des Faschismus, der heutige Justizminister Alfredo Rocco, nicht seine Formel aufgestellt: „Alles im Staat, nichts außerhalb des Staates, nichts gegen den Staat“, und schon ist diese Formel lebendige Wirklichkeit für den Faschistenführer des kleinsten Dorfes, nur daß er sie ein wenig anders versteht: „Nichts außerhalb des Faschismus, nichts gegen den Faschismus.“

Das ganze Leben des Landes ist der Willkür von ein paar tausend Adventurern ausgeliefert. Der gesamten Bevölkerung wird das zum Bewußtsein kommen im Monat Dezember, wenn durch die ganze Halbinsel der Schrei des Entsetzens und der Verzweiflung der Turiner Todesopfer gellen wird.

Die Politiker von Montecitorio hatten sich gesagt, daß die gewalttätige Repression des Faschismus unfehlbar zu einem langen Kampfe geführt haben würde, bei dem der nationale Block in die Brüche gegangen wäre. Außerdem fanden sie, daß aus dieser Repression einzig und allein die Sozialisten Vorteil gezogen haben würden. Darum schien es ihnen schlauer, den Faschismus zu zähmen, indem sie ihm die Türen der Regierung öffneten. Einmal zur Macht gelangt, würde er sich zu anderen Methoden bekehren.

Das hieß den Charakter des Faschismus völlig verkennen und außerdem vergessen, daß er eine verhungerte Menge von Kleinbürgern und Deklassierten nach sich zog, die er füttern und ausgiebig füttern mußte.

Es kann wohl sein, daß Mussolini — sobald er zur Regierung gelangt war — es für das Beste gehalten hätte, nun zur Ordnung und zum Parlamentarismus zurückzukehren. Man lese seine Reden. Abgesehen von der ersten, die die große Masse beeinflussen sollte, sind die anderen geschickt, abgeschattiert, gemäßig, beinahe lächelnd. Wenn er von der Generalföderation der Arbeit spricht, so bewirbt er sich um ihre Mitarbeit. Wenn er seinen polemischen Degen mit dem Abgeordneten Amendola in der Kammer oder mit dem Senator Albertini im Senat kreuzt, so tut er es maßvoll und anständig, mit offenerer Scheu vor dem Gegenlieb. Sogar mit den Sozialisten gibt er sich Mühe, lebenswürdig zu sein. In den privaten Unterredungen redet er sich die Zunge wund, um seine früheren Genossen zu überzeugen, daß er immer der gleiche geblieben sei. Er geht, sogar so weit, zu erklären, sein Herz schlug nach links. Er spielt sich als eine Art geistiger Vater des Kommunismus auf. Als es sich im Juli 1923 darum handelt, das Wahlgesetz über die Majoritätsvertretung von der Kammer annehmen zu lassen und so ein wirksames Mittel zur Schaffung eines faschistischen Parlaments zu erlangen, geht Mussolini bis zu den äußersten Grenzen des Entgegenkommens und der Koketterie.

Aber wie Janus hat er zwei Gesichter, und er läßt gleichzeitig die Tribünen der Kammer von seinen Milizleuten besetzen.

In Wirklichkeit hat er nur die Absicht, Zeit zu gewinnen und inzwischen stärker zu werden. Und das gelingt ihm. Ueber die wirklichen Gefühle seiner Mitarbeiter ist er im klaren. Er weiß sehr gut, daß es nur gelegentliche Weggesellen sind, die morgen seine Gegner sein werden. Aber er braucht sie und bedient sich ihrer. In dieser Hinsicht könnte man meinen, er wäre in der Schule Bismarcks groß geworden.

Das Geld

Geld ist jenes Bindemittel, jenes Zwischenglied im Tauschverkehr, das Handel und Wandel ermöglicht; es erleichtert und vereinfacht den Verkehr. Wenn es uns Arbeitern dabei so schlecht geht, man sagt ja so oft, „Geld müßte abgeschafft werden“, dann liegt es nicht am Geld, sondern weil wir zu wenig in unseren Arbeiterhänden haben. Mit Geld kann ich mir die Ware eintauschen, die mir zusagt. Wenn ich lieber hungere und dafür ins Kino gehe, so ist das ganz in mein Belieben gestellt. Nun hat aber Geld noch eine Eigenschaft, man kann es aufspeichern (in Sparkassen, Banken usw.), es ist dauerhafte Ware. Je nach Bedarf kann man es dann wieder zum Gütertausch verwenden. Geld ist nun aber nicht nur Gold, sondern auch Papier ist Geld, und zwar in Form von Aktien, Schecks, Obligationen, Devisen usw., es dient in dieser Form als internationales Tauschmittel. Wer mit einem Scheckbuch in der Tasche eine Weltreise macht, braucht nicht große Beutel Gold mitzuschleppen, auch nicht Ware als Austauschmittel. Jede Bank zahlt ihm für einen Scheck das entsprechende Bargeld. Wer Geld ins Ausland „verschieben“ will (es sind ja 10 Milliarden deutsche Mark dem Inland entzogen) hat nicht notwendig, sein Geld in eine Kiste zu packen und per Bahn nach dem Ausland zu schicken, sondern er geht zur Bank oder Börse und kauft ausländische Papiere, Devisen oder Aktien. Die Grenzbeamten, die auf die zu verschiebenden Geldkisten aufpassen wollen, werden lange suchen können.

Bei dieser Gelegenheit eine kurze Abschweifung. Sicherlich ist es ein Trauerspiel, daß unser Geld im Ausland liegt, von dem wir es uns wieder borgen müssen, aber die Sache ist nicht so einfach zu beseitigen. Angenommen, die deutsche Republik würde alle ausländischen Aktien für ungültig erklären, als Strafe für die Geldverschiebung, dann würden aber die ausländischen Unternehmungen lachen; denn leichter könnten sie ihre Schulden, also die Aktien, nicht loswerden. Dabei soll ganz unberücksichtigt bleiben, ob uns solcher Eingriff überhaupt möglich ist.

Aber es gibt auch noch andere Vorschläge; kommunistische Kollegen haben ein einfaches Rezept. Wir machen eine neue Währung und die ganzen Schieber haben das Nachsehen, ihr verschobenes Geld ist wertlos! Wie es dabei mit dem inländischen Geld wird, das kleine Sparer auf städtischen Sparkassen haben, was wir in Gewerkschaften und Genossenschaften angesammelt haben, spielt keine Rolle, das liegt außer Bereich ihrer Ueberlegung und außerdem, die Geldschieber haben ja ihre Aktien und Devisen. Wenn eine neue Währung eingeführt wird, die sich ja nebenbei nicht heimlich über Nacht durchzuführen läßt, so würden die Geldschieber seelenruhig ihre Papiere behalten. Aber das Ausland hätte sicherlich auch ein Wort zu sagen, wir kämen aus der Unruhe nicht heraus, die unsichere Zukunft würde jede Berechnung unmöglich machen. Derartige Vorschläge sind Redensarten, und ganz dumme noch dazu. Sie haben aber die große Gefahr, daß sie so einfach und so einleuchtend erscheinen. Die Nationalsozialisten haben noch einen anderen Weg entdeckt, wie man zu Geld kommt. Der Staat druckt Geld, baut eine Fabrik damit, läßt arbeiten und wenn gearbeitet wird, wird das extra gedruckte Geld wieder eingezogen und die Sache ist auf einfachste Weise gelöst. Noch leichter wäre es, alle Schulden einfach aus der Welt zu schaffen, indem neues Geld gedruckt wird. Wir kennen alle die Zeit, in der Geld einfach gedruckt wurde, Geld wird eben wertlos, wenn es überall zu haben ist, auch Geld muß als Tauschmittel den Wert haben, den es angibt, und das ist wieder menschliche Arbeit. Gold ist der Maßstab für alles Geld. Gold läßt sich nicht in jeder Menge herstellen, seine Produktion ist mit großer Arbeitsleistung verbunden und darin liegt auch sein Wert. Wir fassen also zusammen: Geld ist ein bequemes Tauschmittel; die Banken sind die Stellen, die dem Bedarf nach Geld eine gewisse Ordnung geben, sei es durch inländische Kredite oder internationale Verbindungen, und daß die Geldwirtschaft ein sehr feines Räderwerk ist, dessen einzelne Teile genau ineinandergreifen. Nicht darin ist alle Not zu suchen, daß Geld als Tauschmittel gebraucht wird, sondern weil Geld auch eine Ware ist, die Profit in Gestalt von Zinsen abwerfen muß, wenn Handel und Wandel, Wirtschaft und Verkehr im Gang bleiben sollen. Noch ist die kapitalistische Wirtschaftsordnung zu stark und die sozialistische Bewegung zu schwach, um umfängliche Änderungen vorzunehmen. Wäre die kapitalistische Wirtschaft ein Kinderspiel, dann wären wir als Sozialisten längst mit ihr fertig geworden. Wir haben die kapitalistische Organisation für den Sozialismus dienstbar zu machen und müssen darum lernen, ihr Räderwerk zu begreifen.

Paul Mewes.

Politische und wirtschaftliche Wochenschau

Reichstag fordert vierzigstündenwoche, Beschränkung der Ueberstunden, Jugendschutz und feste Monatsbezüge für Angestellte. Hierzu nahm er am 17. März folgende Entschlüsse an:

1. Die Reichsregierung zu ersuchen, einen Gesetzentwurf vorzulegen, der zur Entlastung des Arbeitsmarktes die vierzigstündige Arbeitswoche vorschreibt. Zum Lohnausgleich sind für den Uebergang die freierwerbenden Unterstützungsmittel mit heranzuziehen. Die Zulassung von Ueberstunden ist allgemein zu verbieten. Soweit in zwingenden Ausnahmefällen sich Mehrarbeit als notwendig erweist, sind Beitragszuschläge zur Arbeitslosenversicherung zu erheben;

2. Die Reichsregierung zu ersuchen, auf dem Wege der Gesetzgebung Ueberstunden aufs äußerste zu beschränken und eine bessere Verteilung der regelmäßigen Arbeitszeit im Benehmen mit den Beteiligten in den Gewerben, Gewerbezeigungen oder Betrieben herbeizuführen, in denen die Möglichkeit dazu besteht;

3. Die Reichsregierung zu ersuchen, zum ausreichenden Schutze der jugendlichen Arbeitskraft dem Reichstag baldigst einen Gesetzentwurf vorzulegen, der die Arbeitszeit, Sonntagsruhe und den Urlaub der jugendlichen Arbeitnehmer unter 18 Jahren regelt;

4. Die Reichsregierung zu ersuchen, einen Gesetzentwurf vorzulegen, der bestimmt, daß, abgesehen von tarifvertraglichen Abweichungen, die Befolgung der Angestellten in festen Monatsbezügen festzusetzen ist. Der Arbeitgeber soll nicht berechtigt sein, durch Verzicht auf Arbeitsstunden ein tarifvertraglich oder vertraglich vereinbartes Monatsentgelt zu kürzen.

Eine neue Notverordnung des Reichspräsidenten vom 28. März wendet sich gegen den Verfallens- und Straßenterror der extremen Rechts- und Linksparteien und gegen die Beschimpfung des Staates und der Religion. Oeffentliche politische Versammlungen, Straßendemonstrationen und Autoausfahrten (Reichsbanner, Stahlhelm, politische Parteien usw.) müssen 24 Stunden vorher der Polizei gemeldet werden. Die Polizei erhält wieder das Recht der Versammlungsüberwachung und -auflösung.

4 980 000 Arbeitsjüngende, also noch 8000 mehr als Ende Februar, wurden am 15. März gezählt. Im vergangenen Jahr wurden in der ersten Märzhälfte durch die einsetzende Konjunktur in den Augenberufen 88 000 Personen wieder untergebracht. Das ist diesmal durch den strengen Nachwinter nicht möglich gewesen.

Gegen die Lantiensteuer und Erhöhung der Einkommensteuer, die der Reichstag auf Antrag der Sozialdemokraten beschlossen hatte, hat der Reichsrat am 27. März Einspruch erhoben.

Der Reichsrat ist vom Reichstag am 25. März mit 277 gegen 64 Stimmen der Kommunisten und 14 Enthaltungen der Wirtschaftspartei in kritischer Besung angenommen worden. — Der Reichstag hat sich daraufhin am 26. März bis zum 13. Oktober vertagt.

Das neue Berliner Selbstverwaltungsgesetz wurde durch den Preussischen Landtag am 24. März mit 223 gegen 18 Stimmen angenommen. Die Wahl des Oberbürgermeisters ist für den 16. April festgesetzt.

Der sozialdemokratische Parteitag wurde zum 31. Mal nach Leipzig einberufen.

Gesetz und Recht

Beendigung der Sonderfürsorge bei berufsbilicher Arbeitslosigkeit. Mit dem 28. März ist durch nachstehenden Erlaß des Reichsarbeitsministers die Sonderfürsorge bei berufsbilicher Arbeitslosigkeit aufgehoben.

„Auf Grund des § 107a Abs. 3 des Gesetzes über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung in der Fassung vom 12. Oktober 1929 (Reichsgesetzbl. I S. 162) wird nach Anhörung des Verwaltungsrats der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung folgendes bestimmt:

Für die Berufe und Gewerbe, in denen eine regelmäßig wiederkehrende Arbeitslosigkeit nach der Anordnung des Verwaltungsrats der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung vom 18. Dezember 1928 in der Fassung vom 18. November 1929 im ganzen Reichsgebiet als berufsbilich anzusehen ist, wird das Ende der berufsbilichen Arbeitslosigkeit im Winter 1930/1931 auf den Ablauf des 28. März 1931 festgesetzt.“

Dom 28. März ab treten infolge dieses Erlasses für alle bezugsberechtigten Arbeitslosen wieder die Unterstützungen nach dem Gesetz über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung in Kraft. — Dom gleichen Tage gelten auch in allen Fällen, in denen die Präsidenten der Landesarbeitsämter Gruppen, die der Sonderfürsorge während der berufsbilichen Arbeitslosigkeit in Orten bis zu 10 000 Einwohnern unterstellt wurden, von der Krisenunterstützung ausgeschlossen haben, wieder die Bestimmungen der Verordnung über Krisenfürsorge vom 11. Oktober 1930 und des Erlasses über Personenkreis und Dauer der Krisenfürsorge vom 11. Oktober 1930.

STIMMEN AUS KOLLEGENKREISEN

Zur Weltwirtschaftskrise!

Gedanken eines Arbeiters.

Es wird zurzeit sehr viel über die Weltwirtschaftskrise, ihre Entstehung, Auswirkung und Beseitigung von Wirtschaftstheoretikern, Politikern, Finanzgrößen und anderen Fachleuten geschrieben und gesprochen, daß es angebracht ist, darüber einen Arbeiter zu hören.

Nach dem Urteil aller uns nahestehenden Politiker und Theoretiker über die Ursachen der Krise kommen wir zu folgendem Ergebnis: Die Krise ist eine in der kapitalistischen Wirtschaftsordnung periodenweise immer wiederkehrende Erscheinung, hervorgerufen durch die unsinnige kapitalistische Profitwirtschaft. Denn das kapitalistische Einmaleins lautet: Die Nachfrage bestimmt die Produktion. In Zeiten erhöhter Nachfrage wird feste darauf losproduziert. Wenn aber dann die Nachfrage zurückgeht, weil der Bedarf gedeckt ist oder, was richtiger sein wird, wenn die Leute kein Geld mehr zum Kaufen haben, wird nicht etwa die Produktion vermindert, sondern es wird zunächst in alter Weise weiter fabriziert, bis alle Läger überfüllt und nicht mehr aufnahmefähig sind. Dann ist die Krise da, in deren Gefolge sich Arbeitslosigkeit und andere die Arbeiterschaft schwer belastende Umstände einstellen.

Wir Arbeiter haben natürlich keine Veranlassung, diese in jahrhundertlanger Folge kapitalistischer Wirtschaftsentwicklung feststehenden Tatsachen anzuzweifeln oder gar bürgerlichen Wirtschaftstheoretikern Glauben zu schenken, welche diese unumsößlichen Tatsachen mindestens im Auftrage sogenannter Wirtschaftsführer mit allerlei fadenscheinigen Gegenargumenten abzuleugnen versuchen. Und nun richte ich an alle Kollegen die Frage: „Wie ist es möglich, daß so viele von ihnen in den Betrieben die unsinnigsten Gerüchte verbreiten über Entstehung und Ursachen der Krisis? Gerüchte, die gar oft den Stempel der Unwahrhaftigkeit an der Stirne tragen und meistens als Produkt eines Bierbankgesprächs anzusehen sind oder gar der Ideologie eines bürgerlichen Zeitungsartikels entnommen werden. Wir Arbeiter haben keinen Grund, die Entstehungsgründe der Wirtschaftskrise in einem milderen Lichte erscheinen zu lassen als sie es sind.“

Bei Betrachtung der Mittel zur Beseitigung der Krisis stoßen wir sofort wieder auf Meinungsverschiedenheiten. Ein Universalheilmittel, welches nach Meinung mancher Kollegen allen Unternehmern verordnet werden müßte, ist ein Verbot aller neuen Maschinen. Mit ein paar Worten kann man nun seine Kollegen gar nicht überzeugen, daß die Maschine kein Feind der Arbeiter, sondern im Gegenteil, sogar ein guter Freund ist, der uns die schwere Arbeit wesentlich erleichtert. Demgegenüber wird man aber sofort hören müssen: „Auf eine solche Freundschaft kann man verzichten. 20 unserer Kollegen sind wieder arbeitslos geworden durch Aufstellung der neuen Maschine. Alle Maschinen gehören zertrümmert zu werden, dann haben auch alle Leute wieder Arbeit und Brot.“

Solche und ähnliche Äußerungen geben mir die Gewißheit, daß von all den vielen Artikeln in unserer „Gewerkschaft“, die gerade dieses Problem in ausgiebigster Weise behandeln, leider von den allerwenigsten Kollegen gelesen werden. Wie wäre es sonst möglich, solche Antworten zu erhalten?

Kollegen! Wir würden der Menschheit einen schlechten Dienst erweisen, wenn wir nach eurem Rezept handeln und Maschinenstürmer würden. Denn nicht nur, daß man heute die Befriedigung der Bedürfnisse der Menschheit ohne Maschine gar nicht mehr denken könnte, würden wir durch solches Vorgehen auch unsere ganzen Kulturwerte in ungeheurem Ausmaße zerstören.

Doch scheint es mir hier eben auch wie bei so vielem im Leben zu sein, daß man das Lebensnützliche zu bekämpfen bereit ist und die Hauptmissetäter frei ausgehen ließe. Unser Kampf darf also nicht der Maschine gelten, sondern den Maschinenbesitzern, den Besitzern der Produktionsmittel, denn sie tragen die Hauptschuld an der gegenwärtigen und alles beherrschenden Weltwirtschaftskrise und der ungeheuren Arbeitslosigkeit. Die Wirtschaftsführer und Industriekapitäne sind es, welche in der skrupellossten Weise den Profit als Grundbedingung der Produktionserzeugung preisen und mit allen Mitteln und Sinnen auf Kosten der Arbeitenden nach weiterer Mehrung dieses Profits trachten. Darum Kollegen! Diesem System den allerschärfsten Kampf!

Angenommen, es gelänge dem jetzt noch die Menschheit beherrschenden Kapitalismus, die Krise zu überwinden und alle freigestellten Arbeitskräfte wieder in den Produktionsprozeß einzu-

reihen, was zu bezweifeln ist, so lehrt uns doch die Vergangenheit, daß wir früher oder später wieder mit einer in ihrem Ausmaße noch stärkeren Krisis aus den gleichen Ursachen heraus rechnen müssen.

Es gibt eben nur ein einziges wirksames Mittel um die Weltwirtschaftskrise und die damit verbundene ungeheure Arbeitslosigkeit und Massenelend für immer zu beseitigen. Das ist die Auflösung der heutigen kapitalistischen Wirtschaftsform durch Ueberführung sämtlicher Produktionsmittel in den Besitz der Allgemeinheit. Nur eine sozialistische Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung ist geeignet, den Arbeiter als Mensch unter Menschen wandeln und leben zu lassen.

Deshalb Kollegen! Kampf nicht den Maschinen, sondern der kapitalistischen Gesellschaftsordnung. Dieser Kampf aber kann nicht geführt werden mit abgedroschenen Redensarten und vom einzelnen. Nein, er hat nur dann Aussicht auf Erfolg, wenn ihr einseht, daß nur in der Vereinigung die Macht und die Kraft gegeben ist, Großes zu vollbringen. Deshalb herbei, ihr Launen und Gleichgültigen! Schließt die Reihen! Herein in den Gesamtverband.

A l b i n B e c k, Nürnberg.

Lohnabbau in der „guten, alten Zeit“

Unter dem König Friedrich II. hatte Preußen ein Tabakmonopol. In jener Zeit ist folgende Geschichte passiert: Der Geheime Rat v. Taubenheim bei der Generaltabakadministration fühlte sich bemüßigt, dem König einen Plan zu „beträchtlicher Ersparnis der jährlichen etatsmäßigen Ausgaben durch Verringerung der Besoldungen der Offizianten“ (Beamten) einzureichen. Der König aber ließ dem Herrn Rat den Kabinettsbescheid zugehen, er danke ihm für seine guten Gesinnungen und seinen ökonomischen Rat, fände aber solchen umsoneniger applikabel, „da die armen Leute jener Klasse ohnehin sehr kümmerlich leben müssen, da Lebensmittel und alles jetzt so teuer ist, und sie eher eine Verbesserung als einen Abzug haben müssen“.

„Indessen will Ich doch seinen Plan und die darin enthaltenen guten Gesinnungen annehmen und seinen Vorschlag an ihn selbst zur Ausübung bringen und ihm jährlich 1000 Taler mit dem Vorbehalt vom Traktament abziehen, daß er sich übers Jahr wieder melden und Mir berichten kann, ob dieser Etat und Abzug seiner eigenen häuslichen Einrichtung vorteilhaft oder schädlich sei. Im ersten Falle will Ich ihm von seinem so großen als unbedienten Traktament von 4000 Tälern auf die Hälfte heruntersetzen und bei dieser seiner Verabstung seine ökonomische als patriotische Gesinnung loben und auch bei anderen, die sich dierhalb melden werden, die Verabstung in Applikation bringen.“

Potsdam, den 9. Mai 1786.

Friedrich.

Wie gut wäre es und welche günstigen Folgen würden sich wohl zeigen, wenn den jetzt lebenden Schreibern nach Lohnabbau und denen, die von den hohen Löhnen der Arbeiter und Arbeiterinnen reden, von maßgebender Stelle eine ähnliche Antwort zuteil werden könnte. Vielleicht würde es auch schon genügen, wenn die Schreiber ein halbes Jahr lang gezwungen werden könnten, ihren Lebensunterhalt allein aus Mitteln in der Höhe der Löhne der Mehrzahl der Arbeiterschaft zu bestreiten.

H. K., Berlin.

Der Streikbrecher

Ein Streikbrecher hul! hu! hu!
 Und hier auf Erden keine Ruh!
 Doch als er nun zu Petrus kam,
 der streng ins Verhör ihn nahm
 und zu ihm sprach: was willst du hier,
 du warst auf Erden keine Bier;
 du hast verließ das Christentum
 und nun im Himmel keinen Ruhm!
 Wer will das Paradies gewinnen,
 der muß vor allem stets sein Sinnen
 nur auf die Brudersliebe richten,
 und niemals halten mit den Wüchten;
 und ängstlich kriechen auf den Vauß.
 Ein solcher Ariecher bist du auch.
 Und weil du bist zu Kreuz gekrochen
 und hast zuerst den Streit gekrochen,
 verßig ich laut Artikel vier
 kraft meines heiligen Amtes hier,
 daß du fährst nieder auf der Stelle
 zum reichen Manne in die Hölle. —

Der heilige Petrus drauf im Nu
 blies auf den Schlüssel bu, bu, bu,
 drei Teufel kamen von, von, von
 und sprachen: Herr, was wünschst du?
 Herr Petrus sprach: Hier, den
 schleppi fort,
 hina in einen sichern Ort;
 es ist ein rechter arger Schächer,
 ein ganz infamer Streikbrecher.
 Führt ihn hinweg zum finstern Gabel
 ins Feuer driten Grades,
 und siedet ihn mit Weß und Del,
 zu strafen seine schwarze Seel.
 Und die Moral von dem Gedicht
 ist: Breche niemals Streike nicht.
 Zu Liebe, Treu und Einigkeit
 halt zu den Brüdern jederzeit.
 Dann wird dich Petrus nie verdammen,
 du wirst ihm sein willkommen. Amen!
 W. D., Reudamm.

Aus Politik und Volkswirtschaft

Das Zeichenbegängnis Hermann Müllers am 26. März gestaltete sich zu einer Kundendemonstration für den Gedanken des Sozialismus. Selbst bürgerliche Blätter, wie das „Berliner Tageblatt“ schätzten die Zahl der Teilnehmer an dem unübersehbar langen Trauerzuge auf 50 000. Und die „Germania“, das Berliner Organ der Zentrumspartei, nannte ihn

„ein Massenangebot, das besonders angenehm ausfiel durch die Disziplin, die in den Reihen derjenigen Tausenden und aber Tausenden herrschte, die Hermann Müller als Anhänger der Sozialdemokratischen Partei das letzte Geleit gegeben haben. Ein unübersehbarer Fahnenwald überflatterte diese Volksmassen. Die schwarzrotgoldenen Fahnen des Reichsbanners und die roten Fahnen der Partei drückten dem endlosen Zuge das Gebräuge einer großen feierlichen Volkshandlung auf. Wohl ein Dutzend Musikkapellen ließen ihre Trauerweisen erklingen, eine schwer ernste Musik war ein Zeichenzug, der Zeugnis ablegte von einer muster-gültigen Organisation.“

Bemerkt sei hierzu, daß sich als besondere Gruppe in diesem Zuge die Angestellten des Hauptbüros und der Berliner Ortsverwaltung des Gesamt-Verbandes befanden. Im ersten Hofe des großen Gebäudekomplexes der Sozialdemokratischen Partei, Lindenstraße 3, wo die Leiche aufgebahrt war, hielt Otto Weis dem toten Mitvorsitzenden der Partei die Gedenkrede. Ihm folgte der Vorsitzende der Sozialistischen Arbeiter-Internationale Emile Vandervelde, Brüssel, der die Verdienste Hermann Müllers um die internationale Arbeiterbewegung und seine internationale Bedeutung als Staatsmann rühmte. Dann setzte sich der Zug in Bewegung. An der Spitze marschierten tausend uniformierte Reichsbannerleute und ebenso viele hinter dem Sarge. Außer den Familienangehörigen und den tausenden Berlinerinnen befanden sich im Zuge Deputationen in- und ausländischer Parteiorganisationen. Durch die lange Wilhelmstraße hindurch bewegte sich der Zug. An der Reichskanzlei sprachen Abschiedsworte Reichskanzler Brüning und Staatssekretär Dr. Meißner im Auftrage des Reichspräsidenten. Alle öffentlichen Gebäude, auch die ausländischen Gesandtschaften und Bottschaften, hatten halbmast geflaggt. Am Reichstagsgebäude richtete Reichstagspräsident Loh eine ehrende Abschiedsworte an den toten Parlamentarier. Spät abends erst langte der Leichenkondukt am Krematorium in der Gerichtstraße an, wo die Trauerfeier, mit einer großen Gedenkrede des Reichstagsabgeordneten Dr. Rudolf Breitscheid, des französischen Genossen Leon Blum und des bayerischen Genossen Martin Treu abschloß.

Aus unserer Bewegung

Berlin. In der Generalversammlung der Bezirks- und Ortsverwaltung erfolgte zuerst eine Ehrung der im vierten Quartal 1930 verstorbenen Verbandsmitglieder. Hierauf machte Kollege Schaum auf die bis zum 1. Mai erfolgende Werbearbeit für die Jugendgruppe aufmerksam, empfahl das vom Verbandsvorstand herausgegebene „Handbuch der öffentlichen Wirtschaft“ und teilte mit, daß Verhandlungen geführt werden zwecks Verschmelzung der Reichsgewerkschaft deutscher Kommunalbeamten mit dem Gesamt-Verband. Auf Beschluß des Ortsausschusses des ADGB, findet am 1. Mai 1931 eine gemeinsame Demonstration im Lustgarten statt, an der sich auch die SPD und den Gewerkschaften sonst befreundete Organisationen beteiligen werden. Durch Initiative der IGZ, ist mit ausländischen Bruderorganisationen ein Uebereinkommen getroffen worden, wonach im Gesamt-Verband organisierte Kraftfahrer im Ausland erforderlichenfalls Rechtsschutz erhalten. — Kollege Ortman gab hierauf den Geschäftsbericht vom 4. Quartal und eine zusammenfassende Uebersicht über die Ereignisse des Jahres 1930. Der Jahresbericht lag in einer Stärke von 414 Seiten gedruckt vor. Der Gesamt-Verband ist wohl die einzige Organisation, die im 4. Quartal noch über Lohnhöhungen berichtet kann. Für 43 Angehörige der Gruppe Haus- und Wachangeestellte konnte noch 58 Pf. Lohnhöhung pro Woche und Mitglied erreicht werden. Abwehrstreiks wurden 5 geführt, an denen 441 Betriebe mit 2620 Beschäftigten beteiligt waren. Außerdem wurden 5 Abwehrbewegungen ohne Arbeitseinstellung geführt in 144 Betrieben mit 5827 Beschäftigten. Abgeschloffen bzw. verlängert wurden 7 Manteltarife und Lohnabkommen für 159 Betriebe mit 788 Beteiligten. Neuaufnahmen und Uebertritte sind 3654 zu verzeichnen. Infolge der drückenden Wirtschaftslage war aber die Fluktuation der Mitglieder so stark, daß für das ganze Jahr nur ein Mitgliederzuwachs von 607 zu verzeichnen ist. Die Mitgliederzahl betrug am Jahreschluß 125 775. — Kollege Zietemann gab hierauf den Kassenbericht. Er schilderte zunächst die Schwierigkeiten, die Kassengeschäfte der früheren vier Verbände zu vereinigen. Allein der Umstand, daß 76 verschiedene Marken ausgegeben werden, zeigt die Schwierigkeit der Kassensführung an sich. Der Durchschnittsbeitrag pro Woche der zahlenden Mitglieder beträgt 1,05 Mk., der Mitglieder insgesamt 76 Pf. Die

Einkassierung der Beiträge erfolgt durch 4 Kassenboten, 18 Einkassierer und 1808 Betriebskassierer. Die Jahreseinnahmen betragen 5 195 844,67 Mk. Von dieser Summe erhielt der Verbandsvorstand 64,76 Proz., 35,24 Proz. verblieben der Ortskassen. Stark belastet wurde die Verbandskasse durch die ungeheuer ansteigende Zahl der Arbeitslosen. Am Anfang des Jahres zählten wir rund 4000 arbeitslose Mitglieder, am Jahreschluß aber 15 000. Infolgedessen wurden 350 226,85 Mk. an Arbeitslosenunterstützung gezahlt. Die Ausgaben für Krankenunterstützung betragen 590 448,30 Mk., für Weihnachtsunterstützung 166 263,50 Mk., Streik- und Gemahregelunterstützung 153 814,90 Mk., Sterbeunterstützung 124 865,40 Mk., Notfallunterstützung 113 489,98 Mk. Für die am 1. Juli 1930 in Kraft getretene Invalidenunterstützung wurden ausgegeben 45 664,50 Mk. Trotz der gewaltig gestiegenen Ausgaben betrug der Kassenüberschuß am 4. Quartal noch 6000 Mk. — In der Diskussion übte Kollege Hake Kritik am Kassenbericht. Kollege Dettloff trat für längere Amtstätigkeit der Betriebsräte ein, weil sonst bei dem alljährlichen Wechsel die Ausgaben des Verbandes für Bildung der Betriebsräte umsonst gemacht sind. Außerdem übte er Kritik, daß von vielen Mitgliedern die „Gewerkschaft“ sehr mangelhaft gelesen würde. In dieser Zeit müsse auch an der Zahl der Zeitungen gespart werden. Er verlangte, daß die Funktionäre nicht mehr Exemplare bestellen, als sie zur Verteilung unbedingt gebrauchen. Bruhn, der sich als linker Kommunist vorstellte, legte zunächst ein Bekenntnis zu den freien Gewerkschaften und gegen die RGO. ab. Im übrigen verlangte er aber vom ADGB, mehr Initiative und behauptete, daß die Gewerkschaften keine Klassenkampforganisationen, sondern Arbeitsgemeinschaftsverbände seien. Diese und des Kollegen Hake Ausführungen wurden von den Kollegen Ducalka und Huber treffend widerlegt. Ducalka verlangte im übrigen, daß sich die Ortsverwaltung der Arbeitslosen mehr annehmen möchte, um mit ihnen die Fühlung nicht zu verlieren. Es müßten für diese Veranstaltungen musikalischer und sonstiger Art getroffen und ihnen Wertmarken für die Konsumgenossenschaft ausgeteilt werden. Kollegin Schüler verlangte größere Unterstützung bei der Agitation unter den Hausangestellten. — Im Schlußwort wies den Kollegen Zietemann und Ortman auf die Schwierigkeiten hin, die bei Durchführung der von Ducalka gestellten Forderungen für die Arbeitslosen entstehen. Sie sagten aber zu, daß die Orts- und Bezirksverwaltung alles tun werde, um die Not der Arbeitslosen zu lindern. Mehr als die Ortsverwaltung müßten aber die Sektionen mit den Arbeitslosen Fühlung halten. Ortman stellte dann fest, daß infolge Einführung der 44-Stunden-Woche durch den Berliner Magistrat 1200 Arbeitslose eingestellt werden könnten. Außerordentlich rühmig sei die Gruppe „Feuerwehr“ in der Agitation gewesen, die eine große Zahl Berufskollegen vom Komba zurückgewinnen konnte. — Gegen eine Stimme wurden dann folgende Körperschaften gewählt: Geschäftsleitung: Benolmächtigte: Otto Ortman, Gustav Schaum; Stellvertretende Benolmächtigte: Waldemar Böhmer, Anton Rochowski; Sekretär: Karl Oltersdorf, Kassierer: Gustav Breßke, August Zietemann. Beisitzer der Bezirks- und Ortsverwaltung aus den Sektionen: I Gemeindebetriebe und -verwaltungen Hermann Kiel, Gärtnereibetriebe Paul Auras, II GEW.-Werke Artur Weißner, III Gesundheitswesen Wilhelm Schulz, IV RBÄ, einschließlich Feuerwehr, Ferdinand Köhler, V Reichs-, Staatsbetriebe und -verwaltungen, einschließlich Theater, Kino, Varieté, Fritz Seidinger, Walter Paulich, VI Handelsgewerbe Ewald Eipel, VII Transportgewerbe Bruno Duhle, VIII Verkehrsgewerbe Theodor Coll, Ernst Hänisch, IX Luft- und Kraftfahrer Adolf Schaepe, X Metallindustrie (Transportarbeiter) Otto Tepelmann, XI Post und Telegraphie Eduard Jachert, XII Haus- und Wachangestellten Max Diekert. Beisitzer aus dem Betriebsräteauschuß: I Gemeindebetriebe und -verwaltungen Georg Deuschmann, VI Handelsgewerbe Rudolf Stein, Revisionskommission I Gemeindebetriebe und -verwaltungen August Krua, Gärtnereibetriebe Gustav Heymeyer, II GEW.-Werke Hermann Pätzold, V Reichs-, Staatsbetriebe und -verwaltungen, einschließlich Theater, Kino, Varieté, Richard Kühnel, VI Handelsgewerbe Max Schulke, Berthold Streifner, VII Transportgewerbe Hermann Fischbach, Bibliothekskommission: II GEW.-Werke Bruno Otto, Ferdinand Boll, Max Dahl, VI Handelsgewerbe, Rudolf Ducalka, August Knappe, Kurt Stark.

Bremen. In der Generalversammlung am 18. März erstattete Kollege Leiber den Geschäftsbericht. In zwei Fällen gelang es, Lohnhöhungen von 10 bis 25 Mk. für den Monat durchzusetzen. Im Transportgewerbe und Kohlenhandel ist es im Jahre 1930 gelungen, den Lohnabbau bis jetzt abzuwehren. Der Tarif für das Reinigungsgewerbe ist bis zum 30. April 1931 verlängert worden, die Löhne der Hafenarbeitergruppen bis zum 1. März dieses Jahres. Zu erwähnen ist, daß für unsere Kollegen der Hafenbahn bei Ueberführung zur Reichsbahn ein Lohnverlust bis zu 240 Mk. im Jahr abgewehrt wurde. Für die Fachgruppe der Gärtner gelang es infolge der Arbeitslosigkeit leider nicht, einen neuen Vertrag abzuschließen. Infolge der kommunistischen Querstreben ist beim Zusammenschluß ein Teil der Kollegen der Fachgruppe Feuerwehr zum Komba übergetreten. — Die Bremer Derwaltung hat einen Wochenendkursus und einen Vortragssphus

Aber arbeitsrechtliche Fragen, der neun Abende mit je zweistündiger Dauer in Anspruch nahm, veranstaltet. Die durchschnittliche Teilnehmerzahl betrug 154 Kollegen. — An Unterstützungen zahlte die Ortsverwaltung 150 615 Mk. Trotz Krise, Heße der KPD und Eröffnung ihres neuen Ladens, RGO. genannt, ist eine Mitgliederzunahme von 141 zu verzeichnen. Gerade die von der RGO. besonders benannten Fachgruppen der Hafenarbeiter und Seeleute haben noch eine Zunahme an Mitgliedern von 23 bzw. 57 aufzuweisen. Die 3672 Mitglieder der Fachgruppe Hafenarbeiter sind das beste Bollwerk zur Vertretung der Belange der Hafenarbeiterschaft, an dem sich die Neugründung Moskaus, die RGO., ebenso den Schädel einrennen wird, wie der Schiffsarbeitsbund und Seemannsbund seligen Andenkens. — Den Kassenbericht erstattete der Kollege Sachs. Der Jahresabluß zeigt einen Kassenbestand von 82 416,07 Mk. — In der Diskussion wagten selbst die Kommunisten nicht, Kritik zu üben an der Geschäftsführung und der Tätigkeit der Ortsverwaltung. Ein Antrag, der Wiederwahl des Vorstandes forderte, fand einstimmige Annahme. Die Vorschläge für die Revisoren und Beisitzer wurden ebenfalls einstimmig angenommen.

Dresden. (Mölliger Sieg der freigewerkschaftlichen Listen bei den Betriebsvertretungswahlen.) Die Arbeiterschaft der öffentlichen Betriebe und des Handelsgewerbes in Dresden hat den RGO.- und Nazileuten bei den diesjährigen Betriebsvertretungswahlen die richtige Antwort auf ihre Spaltungsarbeit erteilt. Die nachstehenden Wahlergebnisse beweisen das am deutlichsten. In über 100 Betrieben des Groß- und Kleinhandels wurden bis auf einen Betrieb nur freigewerkschaftliche Listen aufgestellt. Rehnlich liegt es in den städtischen Betrieben. Lediglich in den Elektrizitätswerken, bei der Straßenbahn, beim Gaswerk, bei der Gasmesserreparatur-Werkstatt und im Außendienst haben die Spalter eigene Listen zusammengebracht. Aber auch in diesen Betrieben konnten sie trotz gehässiger Kampfesweise keine Lorbeeren ernten. In den Elektrizitätswerken, in denen die Kommunisten im vergangenen Jahre noch die Mehrheit hatten, erhielt die Liste des Gesamt-Verbandes 425, die RGO. 368 und die Nazis 35 Stimmen. Im Gaswerk Reich: Gesamt-Verband 236, Christen 42 und die RGO. 78 Stimmen. Im Außendienst der Gaswerke: Gesamt-Verband 175, RGO. 64 Stimmen. In der Gasmesserreparatur-Werkstatt: die freigewerkschaftliche Liste 25 und die RGO. 20 Stimmen. — Am heftigsten tobte der Kampf bei der Straßenbahn. Bei stark verringerter Belegschaft ergab sich folgendes Wahlergebnis: Liste 1: Gesamt-Verband 1067 Stimmen (im Vorjahr 1070), Liste 2: Christl. Gewerksch. 425 Stimmen (im Vorjahr 556), Liste 3: Kommunistische Liste 1264 Stimmen (im Vorjahr 1390), Liste 4: Nationalsozialisten 73 Stimmen (im Vorjahr —). Die Kommunisten verlieren demnach 136 Stimmen, die Christen 131 Stimmen, während die freien Gewerkschaften trotz der Derringerung der Belegschaft nur 3 Stimmen einbüßen. Besonders erfreulich ist, daß die Nazis, deren Größenwahn nach den Reichstagswahlen vom 14. September 1930 ins Unermeßliche gestiegen ist, in keinem städtischen Betriebe ein Mandat erringen konnten. Ein Beweis dafür, daß sich unter den 6 Millionen Wählern dieser „Arbeiterpartei“ vom 14. September recht wenig Arbeiter befinden. — Weiter wurden in den Betrieben der Reichswehrverwaltung, der Zoll- und Finanzämter, in sämtlichen Betrieben der sächsischen Staatsverwaltung, der Technischen Hochschule, der Polizei-Wirtschaftsämter und der Landesversicherungsanstalt nur freigewerkschaftliche Listen aufgestellt. Dasselbe trifft zu auf sämtliche Dresdener Theaterbetriebe. Auch in den Betrieben der „Kraftverkehr Sachsen“ in Dresden und Pirna konnten die RGO. und die Nazis keine Vorschlagsliste zustande bringen. — Die Gemeindearbeiter in Klöße bei Dresden und selbst in dem ehemals so „revolutionären“ Pirna a. d. E. und in Freital verzichtete man ebenfalls auf den Luxus der Spaltung. — Die mit vielem Geschrei angekündigte endgültige Vernichtung der „Sozialfaschisten“ ist von der RGO. in Dresden nach berühmtem Muster also wieder um ein weiteres Jahr vertagt.

RUNDSCHAU

Die Heimvolkshochschule Tinz bleibt erhalten. Frick, Thüringens „herrlicher“ Minister von Gnaden der Deutschen Volkspartei, hat gleich nach Antritt seiner Ministerkammer alle Mittel versucht, die Heimvolkshochschule Tinz, durch die auch viele unserer Verbandskollegen gegangen sind, zu ersticken. Nach über einjähriger Bearbeitung hat jetzt der thüringische Staatsgerichtshof endlich über ihr Schicksal entschieden. Das Land Thüringen wird verurteilt, der Heimvolkshochschule die Mittel zu gewähren, die erforderlich sind, den Schulbetrieb im bisherigen Umfange und mit den bisherigen Erziehungs- und Lehrzielen aufrechtzuerhalten. Die Barauslagen des Verfahrens trägt das Land Thüringen. — Bei der Kernfrage, ob das Schulgeld so wesentlich und heftig erhöht werden kann, wie es die Regierung verlangt, hat der Staatsgerichtshof Richtlinien aufgestellt, die den Anträgen der Schule

entsprechen. Obwohl keine rechtlich-gültige Vereinbarung aus der Zeit vor der Verstaatlichung nachzuweisen war, daß das Schulgeld nicht höher sein darf als die Verpflegungskosten betragen, hat der Gerichtshof die Erhöhung eindeutig begrenzt. Bei der zweiten Kernfrage, wie weit der sachliche Aufwand der Schule gekürzt werden darf, hat der Staatsgerichtshof die rigorosen Streichungen der Regierung als unzulässig erklärt und nur in zwei geringfügigen Sägen in Anbetracht der heutigen Notlage, also vorübergehend, die Streichungen der Gastlehrerkosten und die Kosten für Schulreisen als unzulässig erkannt. Die großen Streichungen widersprechen dem Auseinandersetzungsvertrag! — Es ist anzunehmen, daß die Heimvolkshochschule ihre Kursustätigkeit am 15. April wieder aufnehmen kann.

Das Lindcar-Fahrradwerk, den Kolleginnen und Kollegen als Eigenunternehmen der freien Gewerkschaften bekannt, tritt in die neue Saison ein mit der Parole: Preisabbau! Neue Fahrradmodelle sind geschaffen, die den Ansprüchen des Jahres Rechnung tragen. Nicht nur die beliebten Ballonräder sind im neuen Katalog enthalten, sondern auch ein Motorfahrrad, ausgerüstet mit einem Motor der Firma Fichtel u. Sachs, wird angeboten. Die Preise haben eine wesentliche Ermäßigung erfahren. — Daneben stehen die schnell bekannt gewordenen Lindcar-Nähmaschinen. Die stark ermäßigten Preise sorgen dafür, daß die modern ausgestatteten Qualitätsmaschinen für jeden erschwinglich sind. Die bisher nur mit dem Zentralspindel ausstatteten Nähmaschinen sind um ein Schwinaffmodell ergänzt worden. Der Preis für diese Schwingaffmaschine ist 157 Mk. Wir machen erneut auf die besonderen Vorteile der Lindcar-Nähmaschinen mit Zentralspulen aufmerksam: Sie nähern nicht nur vor- und rückwärts, sondern sind auch mit einem mechanischen Transporterversenker ausgestattet, der es erlaubt, mit einem einfachen Hebeldruck die Maschine zum Sticken und Stopfen herzurichten. Die Möbelausstattungen der Derlenkmaschinen sind dem modernen Geschmack angepasst. Die Möbel bilden wirklich Schmuckstücke für unsere Wohnungen. — Unser Eigenwerk ist von seinem Zahlensystem nicht abgewichen. Der Verkauf von Fahrrädern und Nähmaschinen erfolgt an unsere Kolleginnen und Kollegen gegen kleinste Raten von 2,25 Mk. bis 3,75 Mk. pro Woche resp. 9 Mk. bis 15 Mk. pro Monat. Unsere Verbandsbüros und alle Ortsauschüsse des ADGB. verfügen über Katalog- und Bestellmaterial und geben Auskünfte. In den Groß-Niederlagen, die sich in allen Teilen des Reiches befinden, und in mehreren hundert Abgabellagern ist der Bezug direkt ab Lager möglich. Andererseits erfolgt die Zustellung der Fahrräder und Nähmaschinen direkt an den Besteller. — Unser Werk hat auch in dem Notjahr 1930 seine Existenzberechtigung bewiesen. Es bleibt mitführend auf dem deutschen Fahrradmarkt. Wir müssen alle dafür sorgen, daß wir führend bleiben. Die Verbände sind die Befürworter des Unternehmens. Wir sind mit ihm verbunden und an seinem Gedeihen interessiert. Lindcar-Fahrräder und Nähmaschinen kaufen oder vermitteln heißt darum auch seiner Gewerkschaft dienen.

Rückgang des Welthandels. Infolge des allgemeinen wirtschaftlichen Niederganges und des Krisenzustandes der Weltwirtschaft ist der Außenhandelsumsatz erheblich gesunken. Nach den Ausweisen des Statistischen Reichsamtes ging der Außenhandelsumsatz von 48 Ländern, auf die zusammen sieben Achtel des gesamten Welthandels entfallen, im zweiten Vierteljahr 1930 um 9 Proz. gegen das erste Vierteljahr 1930 und um 18,9 Proz. gegen das zweite Vierteljahr 1929 zurück. Der Gesamtumsatz stellte sich auf 51,7 Milliarden gegen 56,8 Milliarden Mark im ersten Vierteljahr 1930 und 63,7 Milliarden Mark im zweiten Vierteljahr 1929. Gegenüber dem gleichen Zeitraum 1929 verringerte sich der wertmäßige Welthandel um 12 Milliarden Mark. Der Rückgang verteilt sich auf die einzelnen Erdteile fast gleichmäßig. In Europa ging der Gesamtumsatz von 37,5 auf 31,4 Milliarden Mark zurück, in den außereuropäischen Ländern von 26,4 auf 23,3 Milliarden Mark. Ausschlaggebend für diesen Rückgang ist das Fallen der Rohstoffpreise. So ist die Großhandelsindexziffer im zweiten Vierteljahr 1930 um 8,8 Proz. geringer als im zweiten Vierteljahr 1929. Aber auch der mengenmäßige Umsatz muß ganz bedeutend gesunken sein, denn die rückläufige Preisbewegung allein erklärt den Rückgang noch nicht. Durch die in fast allen Industrieländern vorhandene große Massenarbeitslosigkeit ist die Kaufkraft erheblich zurückgegangen; der Druck auf den Umsatz bleibt dadurch nicht aus.

BRIEFKASTEN

Der Faschismus in Italien. Der Herausgeber der ADK., Herr Dr. Helmut Klog, bittet uns mitzuteilen, daß der Artikel „Der Faschismus in Italien“ in Nr. 11 der „Gewerkschaft“ dem Buch „Europa und der Faschismus“ von Professor Dr. Hermann Keller (Verlag Walter de Gruyter u. Co., Berlin) entnommen ist.

Verlagsanstalt „Courier“ GmbH, des Gesamt-Verbandes, Berlin SO 16, Mittelstraße 44
 Derzeitiger Redakteur Emil Dittmer, Berlin SO 36, Schönebergstraße 48